9 771860 564001

JUNG+LIBERAL

Das **MITGLIEDER-MAGAZIN** der Jungen Liberalen

Ein langer Winter?

Ausgabe **04/2022** | F 54017 | ISSN 1860-5648 | www.julis.de

WIR FRAGEN NICHT, WO DU HERKOMMST. SONDERN WO DU HINWILLST.

Mit dem Bürgergeld erneuern wir das Aufstiegsversprechen in Deutschland. Denn das Grundsicherungssystem wird unbürokratischer, fairer und leistungsgerechter. Wir verbessern die Hinzuverdienstregeln für Erwachsene und Jugendliche, die Leistungen empfangen. Damit es sich endlich lohnt, eine Beschäftigung aufzunehmen. Auch die Einkünfte aus Minijobs von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bedarfsgemeinschaften werden künftig gar nicht mehr angerechnet.

Alle Details zum Bürgergeld:

Mehr zu unserer parlamentarischen Arbeit finden Sie auf:

@fdpbt @fdpbt @fdpbt

Freie Demokraten
Fraktion im Bundestag FDP

fdpbt.de

V.i.S.d.P. Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

LEONARD KERN-WAGNER (22)
ist Chefredakteur der jung+liberal. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Landtag von Nordrhein-Westfalen und ist bekennender Zeitungsjunkie. Lieblingsteile: Politik, Wirtschaft und die Rezeptseite. Du erreichst ihn unter *kern-wagner@julis.de*

Euer **Feedback** zur **Ausgabe**

Liebe Julis,

wir leben in einer Zeit großer Krisen, die vom russischen Angriff auf die Ukraine, über die Energiekrise, Inflation, Rezession, den demographischen Wandel und den Fachkräftemangel bis zur Coronapandemie reichen. Viele dieser Krisen wirken parallel, bedingen und verstärken einander. Es gab sicherlich schon einfachere Zeiten, ein optimistischer Junger Liberaler zu sein. Andererseits gab es auch selten so wichtige Zeiten, sich für unsere Grundwerte einzusetzen. Viele Menschen, auch viele von uns, machen sich natürlich dennoch Sorgen oder haben gar Angst vor diesem Winter, der Sicherheitssituation in Europa, vor der Inflation oder dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes. Diese und weitere Sorgen junger Menschen ernst zu nehmen, freiheitliche Lösungen und Perspektiven aufzuzeigen - das kann der Auftrag einer liberalen Jugendorganisation heute sein. In jedem Fall ist es der Auftrag der letzten Ausgabe der jung+liberal in diesem ereignisreichen Jahr. Wir stellen die Frage, in welchen Krisen wir uns gegenwärtig befinden, welche vor uns liegen, wie wir sie lösen und wie die Situation am Ende dieses Jahrzehntes aussehen kann. Ist das, was vor uns liegt „Ein langer Winter?“. Darum geht es!

Die zahlreichen Autoren dieser Ausgabe haben Artikel mit Blick auf unterschiedliche Krisen, Herausforderungen und negative Entwicklungen verfasst. Ich habe sie alle gebeten, zusätzlich zu ihren Artikeln einen kleinen Ausblick auf das Jahr 2030 zu werfen und einen Tipp abzugeben, wo wir dann bei ihren jeweiligen Themen stehen. Fast alle Ausblicke waren positiv. Es gibt also auch weiterhin viele Gründe optimistisch auf den Ausgang dieses Jahrzehnts zu blicken. Zusätzlich findet ihr in dieser Ausgabe wie immer einen Buchtipp, eine kontroverse Debattenarena zum potenziellen langfristigen Einsatz der Kernenergie in Deutschland, einen Nachruf auf den liberalen Weimarer Außenminister Walther Rathenau, dessen Ermordung sich 2022 zum hundertsten Mal jährte und einen Bericht des Bundesvorstandes über seine jüngste Delegationsreise nach Israel.

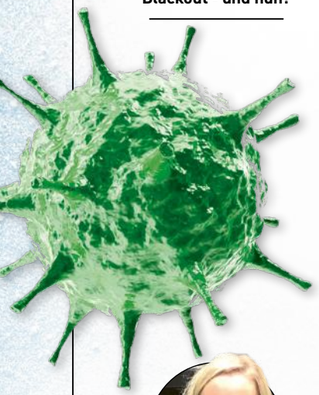
An dieser Stelle bedanke ich mich erneut bei allen Autoren dieser Ausgabe und des gesamten zurückliegenden Jahres für ihr Engagement und ihre guten Ideen. Weiterhin möchte ich mich für das viele Feedback bedanken, dass mich per Mail, Social Media oder seit der letzten Ausgabe über die Feedbackumfragen erreicht. Dieses Feedback bekräftigt mich in guten Entscheidungen und gibt wertvolle Hinweise zu Verbesserungspotenzialen. Schreibt mir also auch gerne eure Meinung an ***kern-wagner@julis.de*** oder füllt die Feedbackumfrage zu dieser Ausgabe aus. Wenn ihr selbst 2023 mal für die jung+liberal schreiben wollt, reicht ebenfalls eine kurze Mail mit ein paar Worten zu euch. Ich wünsche euch viel Freude beim Lesen, einen guten Rutsch in das neue Jahr und uns allen einen kurzen Winter.

Euer Leo

INHALT

Seite 10

JONAS BAYER:
Blackout - und nun?



Seite 12

STEFANIE UNBEHAUEN:
Pandemiebekämpfung im Jahr 2030

Seite 14

JANA FESTAG & JOHANN SEHMSDORF:
Mental Health – Das ist alles nur Mindset

Seite 16

LAURENT PUTZIER:
Fracking – Schizophrenie als Staatsraison?

Seite 18

NICO FENSKE & PAUL LANWER:
Debattenarena – Atomkraft

Seite 20

ALEX HENKEL:
Taiwan und China - Krieg am Horizont?

Seite 22

RONNY SCHLEGEL:
Ostdeutschland – Flucht vor Perspektivlosigkeit

Seite 24

LOUIS FUHRMANN:
Die Demografie-Krise

Seite 26

INETT PEES:
Rechtsruck in Europa: Demokratie auf dem Rückzug?

Seite 28

LAURENZ FRENZEL:
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in der Krise?

Seite 30

ALEXANDER KOBUSS:
Stagflation – Geht es zurück in die 70er?

Seite 32

LEONARD BOCK:
Nachruf – Von Walther Rathenau lernen

Seite 34

MATTHIAS KEIDEL:
Lesezeichen

Weiteres

Seite 3

Editorial

Seite 6

Neumitgliederleitfaden

Seite 8

BUNDESVORSTAND
Vielfältiges Israel

Seite 35

Impressum

(08 00) 8 88 00 82 00
www.debeka.de

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes
Debeka
Das **Füreinander** zählt.

AKTIV WERDEN

bei den Jungen Liberalen

Unsere Mission

Als überzeugte Optimisten glauben wir fest daran, dass Deutschland und Europa die besten Zeiten noch bevorstehen. Toleranz und Weltoffenheit sind unser Selbstverständnis. Seit 40 Jahren streiten wir für die Achtung von Bürger- und Menschenrechten, die soziale Marktwirtschaft, beste Bildung und ein Maximum an individueller Selbstbestimmung. Wir sind überzeugt: Kleine Menschen gibt es nicht. Deshalb wollen wir echte Chancen eröffnen und mit unserer Politik Flügelheber sein für alle, die durch eigene Leistung und Fleiß vorankommen wollen.
Im Video erklären Dir Nemir und Paavo noch ausführlicher, für was wir Junge Liberale stehen.
Du möchtest wissen, wie wir JuLis uns zu einzelnen Themen positionieren? Dann wirf einen Blick auf unsere Beschlusssammlung (julis.de/beschlusssammlung). Einen guten Überblick bietet auch unser Bundestagswahlprogramm 2021.

Bring dich ein!

Unser Verband lebt vom Engagement der Mitglieder, den vielen unterschiedlichen Talenten und der großen Einsatzbereitschaft auf allen Ebenen. Es gibt fast unbegrenzt viele Möglichkeiten, sich bei den Jungen Liberalen einzubringen. Viele haben sich über Jahre bewährt, einige sind brandneu: Unsere drei Squads unterstützen den Bundesvorstand bei der Öffentlichkeitsarbeit, der IT und Events. Du hast besondere Skills und kannst uns supporten? Schau mal unter julis.de/squads vorbei.
Mehr zur internationalen Ebene und unserer programmatischen Ideenschmiede erfährst Du hier. als Pfeil zu Internationalem und BAKs.
Wie Du aktiv werden kannst und Dein Knowhow in den Verband einbringen kannst, erfährst Du im Video von Julius & Tobi.

Noch mehr zur Struktur und dem Aufbau der Jungen Liberalen erklärt dir Constantin.

Und wenn Du dich für die Aufgaben eines Schatzmeisters interessierst, guck doch mal bei Marco vorbei.

Der Bundesvorstand

Der elfköpfige Bundesvorstand (BuVo) leitet die Geschäfte der Jungen Liberalen und wird jährlich von unserem Bundeskongress (BuKo) gewählt. Der Bundesvorstand erledigt die laufenden politischen und organisatorischen Aufgaben (u.a. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Kongressen und Seminaren sowie Erarbeitung von Anträgen und Programmentwürfen).

Die Bundesgeschäftsstelle

Die Bundesgeschäftsstelle (BGST) unterstützt den Bundesvorstand bei der operativen Arbeit und ist die Schaltzentrale für die Administration unseres Verbandes. Du erreichst sie telefonisch unter +49 30–68078550 oder per Mail an info@julis.de.

Über 15.000 Junge Liberale – so viele waren wir noch nie! Allein im letzten Jahr haben sich mehrere tausend junge Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfern den JuLis angeschlossen. Und all diesen Neumitgliedern möchten wir diese Doppelseite widmen. Wir stellen euch die Struktur des Verbandes und die zahlreichen Mitmachmöglichkeiten vor. Außerdem bekommt ihr einen kurzen Überblick über unser Selbstverständnis und unsere Beschlusslage. Und all das ganz interaktiv verknüpft mit Videos in unserer JuLithek.

Hier geht es zur **Videoplaylist**

Bundeskongresse und Veranstaltungen

Der Bundeskongress (BuKo) findet zwei Mal im Jahr statt und ist das oberste Beschlussgremium der Jungen Liberalen. Stimmberechtigt sind 200 Delegierte, die zuvor von unseren 16 Landesverbänden gewählt wurden. Mitdiskutieren dürfen alle Mitglieder. Auf Dich warten außerdem ein buntes Rahmenprogramm und eine BuKo-Party. Darüber hinaus haben wir über das ganze Jahr verteilt Seminare und Veranstaltungen.

Digitaler Verband

Die Digitalisierung ist eine der größten Aufgabe unserer Generation. Nicht nur in der Politik, sondern auch in unserem Verband. Dafür benötigen wir Deine Unterstützung! Bei den Jungen Liberalen wird Digitalisierung als Team-Aufgabe betrachtet und auch so gelebt. Das IT Squad unterstützt den Bundesvorstand tatkräftig bei der Ausarbeitung und Durchführung von Digitalisierungsprojekten.
Felix verrät Dir noch mehr.

Bundesarbeitskreise

Hast Du eigene Ideen, die Du einbringen willst oder möchtest Du mit anderen JuLis über politische Fragen diskutieren? Dann sind unsere Bundesarbeitskreise (BAKs) genau richtig für Dich! Hier entwickeln wir neue und innovative Ideen für Anträge zu Bundeskongressen. Jeder kann an den Meetings unserer BAKs teilnehmen und seine eigenen Ideen einbringen. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Melde Dich einfach bei der zuständigen Leitung unter julis.de/bak. Du willst noch mehr erfahren? Dann schau bei Marc und Max vorbei.

Die Ombudspersonen

In einem so großen Jugendverband kann es auch einmal zu Problemen oder sozialen Konflikten kommen. Um in solchen Situationen zu schlichten, Lösungen zu finden oder Fehlverhalten aufzuklären, gibt es bei uns die Ombudsperson. Seit November 2021 ist Robert Teuber Ombudsperson der Jungen Liberalen. An ihn kannst du dich jederzeit vertrauensvoll wenden, wenn du mit Problemen konfrontiert bist, die du nicht selber lösen kannst oder möchtest. Du erreichst Robert per Mail unter: ombudsperson@julis.de. Die Ombudsperson widmet sich aber nicht nur Konfliktsituationen, sondern kontrolliert auch, ob der Bundesvorstand in seinem Handeln stets die Beschlusslage des Verbands beachtet und einhält. Robert verrät Dir noch mehr über seine Aufgaben in der JuLithek.

Internationales

Wenn Dich internationale Arbeit interessiert, kannst Du Dich im Internationalen Komitee einbringen. Dieses arbeitet in Gruppen zu verschiedenen Weltregionen zu unterschiedlichsten Projekten, wie Demonstrationen, Austausch mit internationalen Partnerorganisationen, Kampagnen und vielem mehr. Deine Ideen sind willkommen. Melde Dich bei der Leiterin oder dem Leiter der jeweiligen Weltregion, wenn Du mitmachen möchtest: julis.de/intkom
Kennst Du unsere europäische (LYMEC) und internationale (IFLRY) Dachorganisation? Unsere ehemalige International Officerin Alice stellt sie Dir online vor.

Vielfältiges Israel

Zwischen Hummus, religiöser Spannung und Verbundenheit

Vom 28. September bis 4. Oktober war der Bundesvorstand auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung im Rahmen einer Delegationsreise in Israel unterwegs. Er traf Partnerinnen und Partner der Stiftung und tauschte sich mit der liberalen israelischen Jugendorganisation vor Ort aus; mit dem Ziel, die liberale Familie noch enger mit israelischen Freundinnen und Freunden zusammen zu bringen.

„Es lebe der Staat Israel“ – Für uns Jungen Liberalen ist das nicht einfach nur ein Teil der Beschlusslage, sondern eine echte Herzensangelegenheit. Umso größer war die Freude im Bundesvorstand, als nach der pandemiebedingten Pause der Delegationsreisen klar wurde: Es geht dank des fantastischen Büroleiters Julius von Freytag-Loringhoven der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit nach Israel! Aus diesem Grund war auch der Leiter der Gruppe für den Nahen Osten im Internationalen Komitee, David Grasveld Teil unserer Delegation.

Für viele von uns war es das allererste Mal in Israel und entsprechend eindrucksvoll wirkte für uns alle das von oben bis unten vollgepackte Programm. Auftakt unserer Reise, deren erste Tage wir in Tel-Aviv verbracht haben, war ein Besuch des „Peres Center for Peace and Innovation“; Eine NGO mit einem einzigartigen Innovationszentrum, das uns einmal mehr gezeigt hat: Die Start-Up-Szene von Israel ist ein weltweiter Innovationsmotor. Entsprechend tummelte sich kurz vor unserem Eintritt in das Zentrum ein gewisser Carsten Maschmeyer vor dem Eingang und machte „junggebliebene“ Sonnenbrillenfotos.

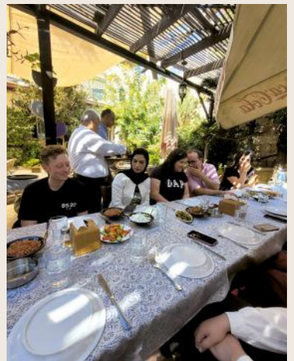
Voller Eindrücke ging es noch am gleichen Tag zum nächsten eindrücklichen Spot: Jaffa, ursprünglich eigenständige und historische Stadt an der Mittelmeerküste, die inzwischen ein Stadtteil Tel-Avivs ist. Jaffa beeindruckte uns mit einem lebendigen und vielfältigen Leben. Hier lernten wir unter anderem, dass israelische Großstädte sich mit denselben Herausforderungen herumschlagen, die auch wir zur Genüge kennen: Gentrifizierung, Wohnraum und Mobilität.

Als kleinen Höhepunkt des Tages gab es in einem wunderschönen alten arabischen Café Knefe. Wer es noch nicht probiert hat, sollte sich diese Süßspeise aus gebackenem Käse und Pistazien keinesfalls entgehen lassen!

Der zweite Tag startete mit einem Workshop mit unserer israelischen Partnerorganisation Yesh Atid Youth. Schon nach wenigen Minuten waren alle von uns in intensive Gespräche mit den jungen Politikerinnen und Politikern vertieft. Von LGBTQI+-Rechte über Lösungen für den Nahostkonflikt bis hin zu Israels Position zum Krieg in der Ukraine haben wir ein weites Themenspektrum behandelt. Am Ende waren wir uns einig: Wir wollen in Kontakt bleiben und einen künftigen Austausch zwischen den Jungen Liberalen und Yesh Atid Youth verstetigen und vertiefen.

Am dritten Tag gab es einen kurzen Ausflug in die besondere Natur: Am toten Meer durften wir in einem der salzigsten Gewässer der Welt das Gefühl des freien Schwebens auf dem Wasser erproben. Am Abend hielt Julius von Freytag-Loringhoven mit seiner Frau eine ganz besondere Überraschung für uns bereit. Wir wurden Teil einer Schabbat Zeremonie mit authentischem askenasischen, also jüdischem Essen aus mittel- und osteuropäischer Tradition. Tatsächlich hatte das Essen viele Ähnlichkeiten zur osteuropäischen Küche und war insgesamt ein wahrer Gaumenschmaus – auch wenn die überwiegend mediterrane Küche gewöhnten Israelis, die im Vorfeld von unserem Essen erfahren hatten, uns noch ihr Beileid ausgedrückt hatten.

Der vierte Tag war dafür sicher für viele weniger einfach zu verdauen. Es ging nach Ramallah im Westjordanland. Nach einem Besuch im größten und bestvernetzten Demoskopie-Institut der Autonomiegebiete, inklusive eindringlichem Vortrag über statistische Analysen der palästinensischen Gesellschaft, fuhren wir zu einem FLOW Accelerator der Stiftung. Viele junge palästinensische Entrepreneure sprachen mit uns über ihre Träume und Hoffnungen. Im Anschluss zeigten uns zwei palästinensische Journalistinnen, was es bedeutet, für ihren Beruf und ihre freie Meinung einem steten Risiko ausgesetzt zu sein. Schließlich tauschten wir uns mit einer palästinensischen Jugendbewegung aus. Auch wenn wir von diesem Tag mit einem beklommenen Gefühl nach Jerusalem zurückfuhren, waren wir froh, dagewesen zu sein und diese Eindrücke erlebt zu haben.



Der fünfte Tag war nicht weniger einprägsam und für uns alle sehr emotional. Nach einer Tour am Tempelberg und durch die beeindruckende Jerusalemer Altstadt ging es nämlich zur internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem. In einem eindrucksvollen Museum erhielten wir einen einzigartigen Einblick in die Zeit des Nationalsozialismus und die Dokumentation der mittlerweile 4,8 Millionen ermittelten Opfer. Gleichzeitig ist Yad Vashem allerdings auch die Gedenkstätte der Märtyrer und Helden und somit auch ein Ort, der Widerständlerinnen und Widerständler gedenkt. Vielleicht der emotionalste Moment der gesamten Reise, war für uns schließlich die Kranzniederlegung im Namen der Jungen Liberalen. Dieser Besuch hat für uns das in Worten kaum fassbare Grauen des Nationalsozialismus und seiner deutschen Täter etwas fühlbarer gemacht und uns zutiefst berührt.

Der letzte Tag galt der Reflektion des Gesehenen. Die genannten Beschreibungen der Reise umfassen nur ein paar punktuelle Einblicke. Dazwischen verbergen sich noch jede Menge höchst spannender Partnerinnen und Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung, die uns oftmals bei einem gemeinsamen Mittag- oder Abendessen besondere Einblicke gaben. Schnell wurde uns klar, warum wir immer wieder auf den Spruch stießen: Drei Israelis und vier verschiedene Meinungen. Es ist nicht alles schwarz oder weiß und nicht selten stritten unsere Referent:innen direkt vor unseren Augen leidenschaftlich über die richtige Lösung des Nahostkonflikts.

Auch wenn es sein kann, dass man mal bei der Reise nach Israel über eine Stunde am Flughafen befragt wird: Für die Herzlichkeit der Menschen, das fabelhafte und vielfältige Essen, die einzigartige religiöse Umgebung und die wunderschöne Natur lohnt es sich allemal, das in Kauf zu nehmen. So sind wir als Bundesvorstand in höchstem Maße dankbar für das Privileg, das uns mit dieser Reise zuteilwurde.

TEXT:
ALICE SCHMIDT war vereinhalb Jahre Mitglied des Bundesvorstandes – davon lange Zeit als International Officer. Ihr erreicht sie unter *alice.schmidt@julis.de*

BLACKOUT

Was nun?

Krieg in Europa, Inflation und Energiekrise – es ist klar: Wir stehen vor schweren Zeiten. Dank der Verlängerung von insgesamt drei Kernkraftwerken in Deutschland ist das in den letzten Wochen häufig befürchtete Szenario eines „Blackouts" erstmal äußerst unwahrscheinlich und weit entfernt.

Was häufig für Verwirrung sorgt: Ein „Blackout" bezeichnet, im Gegensatz zum lokalen Stromausfall in einer Straße oder einer Stadt, die Unterbrechung des Übertragungsnetzes in unserer Stromversorgung. Dazu muss die Netzfrequenz außerhalb des Toleranzbereiches liegen, was einen Abwurf eines Teils des Stromnetzes zur Folge hat. Vereinfacht gesagt: Reicht der Strom nicht mehr für alle Verbraucher am Netz aus, wird ein Teil des Netzes mitsamt Verbraucher ausgekoppelt, damit der Strom für die restlichen Energieverbraucher ausreicht und die Netzfrequenz im restlichen Netz innerhalb des Toleranzbereiches bleibt. Als Bundesrepublik sind wir Teil des Europäischen Verbundsystems: Ein europaweites Stromnetz. Würde ein Teil des Netzes nicht ausgekoppelt werden, könnte – rein technisch gesehen – die Stromversorgung im gesamten Verbundsystem unterbrochen werden. Aber keine Sorge: Das ist nur ein theoretisches Szenario und weit weg von der Realität. Dennoch: Im Jahre 2003 musste sich Italien aus technischen Gründen vorübergehend vom Stromnetz trennen, was dort einen Totalausfall des Stromnetzes zur Folge hatte. Auch in Deutschland entkamen wir einem drohenden Blackout durch Überlastung des Netzwerkes wohl knapper als oft angenommen.

Doch keine Sorge, es kann nur wiederholt werden: Ein Blackout ist mittlerweile äußerst unwahrscheinlich – zum Glück.

Aber was, wenn er nun doch eintritt?

Für diesen unwahrscheinlichen Fall gibt es, wie für andere Katastrophenfälle auch, tatsächlich eine Empfehlung an die Bevölkerung zur Vorsorge und Selbsthilfe vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK). Schon allein aus dem Wortlaut wird ersichtlich: Die Bevölkerung scheint angehalten zu sein, sich bis zu einem gewissen Maße im Katastrophenfall selbst zu helfen. Und tatsächlich: Das Bundesamt rät zur Bevorratung von Trinkwasser, Lebensmitteln, Hygieneartikeln und weiterer Güter des täglichen Bedarfes für bis zu zehn Tage. Auch Campingkocher, Taschenlampen und batteriebetriebene Radios werden empfohlen. Und um nichts zu vergessen, gibt das BBK sogar eine abhakbare Checkliste heraus, als wäre es eine alltägliche To Do Liste. Dabei stellt sich die Frage: Wer hält sich denn daran? Vermutlich nicht viele, eher die wenigsten, von sogenannten „Preppern" mal abgesehen. Ich zumindest tue es nicht. Ohnehin würde ich mit einem Campingkocher in der Wohnung nur die Gefahr einer Kohlenmonoxidvergiftung schaffen.

Aber wieso halten viele Menschen in der Bevölkerung diese amtliche Empfehlung nicht ein?

Nun, zum einen mag es an der Kommunikation liegen, denn: Wer weiß denn schon um diese Ratschläge des BBK? Wahrscheinlich sind es hauptsächlich Menschen, die ohnehin in entsprechenden Bereichen tätig sind: Einsatzkräfte aus Polizei, Feuerwehr, THW oder dem sonstigen Katastrophenschutz. Dazu kommen oft Soldaten, Mitarbeiter bei Energiebetreibern und anderen Infrastrukturbereichen. Personen, die in völlig anderen Bereichen tätig sind und sich nicht gezwungenermaßen mit Katastrophenschutz beschäftigen, sind in der bisherigen Kommunikation kaum angesprochen worden. Das erscheint auf den ersten Blick unschlüssig, ergibt aber dennoch Sinn. Wird für Vorbereitung auf hypothetische Krisenzeiten aufgerufen, erlebte die Gesellschaft möglicherweise einen erneuten „Hamstereinkaufs-Hype" aufgrund von Verunsicherung. Das kann nicht Sinn und Zweck der Sache sein, zudem aufgrund der Unwahrscheinlichkeit des Situationseintrittes noch nahezu unbegründet.

Zum anderen mag es auch die Bequemlichkeit sein: Ich für meinen Teil kenne die Empfehlungen des BBK zumindest und bevorrate dennoch und ganz bewusst keine etlichen Kerzen und Campingkocher in meiner Wohnung. Gehen wir von einem Verbrauch von 3l Trinkwasser am Tag, einem zweiköpfigen Haushalt und einer Dauer von 10 Tagen aus, dann wären das immerhin 60l Trinkwasser, die der Haushalt ständig vorrätig haben müsste. Sind wir ehrlich: Das ist nicht sehr realistisch.

Außerdem wird Katastrophenvorsorge oft mit dem, was „Prepper" tun, gleichgesetzt und in der Gesellschaft als extremistisch und womöglich verfassungsfeindlich abgestempelt. Dabei dürfte es einen Unterschied geben, zwischen der behördlich empfohlenen Vorbereitung auf Katastrophenfälle und einem vernarrten Leben, das sich nahezu ausschließlich um die Vorbereitung für den gespenstischen und nicht eintretenden Fall des Untergangs unserer Zivilisation dreht. Es ist anzunehmen, dass Menschen, die von den Hochwassern betroffen waren, beispielsweise im Ahrtal, eine Katastrophenvorbereitung nicht verwundert.

Aber sollten Menschen überhaupt selbst für unwahrscheinliche Katastrophen vorsorgen müssen und es womöglich nicht ratsamer, zentrale Anlaufstellen in den Kreisen und Städten zu schaffen, die im Katastrophenfall als Anlaufpunkt dienen können?

Für den Fall des Hochwassers mag private, eigenverantwortliche Vorsorge durchaus dienlich sein, denn die Erfahrung aus dem letzten Jahr zeigt leider, dass viele Menschen mehrere Tage in ihren Häusern verbringen mussten, ehe helfende Kräfte sie erreichen konnten. Fällt aber lediglich der Strom weg, so ist das Aufsuchen einer zentralen Stelle für alle generell mobilen Personen weiterhin problemlos möglich. Obwohl wir Liberale grundsätzlich gerne an Eigenverantwortung appellieren, scheint es aus politischer Sicht zumindest übertrieben, jeder privaten Person die Bevorratung etlicher Güter für einen etwaigen Stromausfall abzuverlangen, wenn öffentliche Hilfen bereitgestellt werden können. Dazu müssen diese aber auch allgemein bekannt sein. Es könnte eine denkbare Lösung sein, öffentliche Gebäude in einem solchen Fall umzufunktionieren: Ein Prinzip, dass wir bereits von Wahlen kennen. Eine örtliche Schule, ein allgemein bekanntes Gebäude im Kreis, könnte beim Blackout zur Ausgabestelle für benötigte Güter werden. Die Politik muss hier klare Strukturen schaffen und Pläne in der Hinterhand haben. Daraus muss hervorgehen, welche Infrastrukturen potenziell umfunktioniert werden können. Tritt der befürchtete Blackout überraschend doch ein, ist es eigentlich längst zu spät, sich solche Gedanken zu machen.

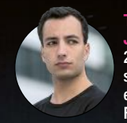
Insgesamt muss die öffentliche Kommunikation der Situation angepasst werden: Der Blackout diesen Winter ist dank der Verlängerung der drei Kernkraftwerke unwahrscheinlich geworden, hat aber immerhin den Gebrauch der Richtlinienkompetenz erfordert. Wir müssen als Bundesrepublik nicht nur unabhängiger in unserer Energieversorgung werden, sondern uns auch mehr auf zeitweise Aussetzung unserer Infrastruktur besser vorbereiten. Denn wir haben gemerkt: Sie ist nicht automatisch garantiert. Zu den politisch zu treffenden Maßnahmen gehören Krisenpläne, bei denen die Menschen wissen: Fällt der Strom aus, bekomme ich bei der nächsten Grundschule oder der Kreisverwaltung notwendige Unterstützung der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Eine eigenverantwortliche Vorbereitung kann natürlich, gerade im ländlichen Raum, dennoch sinnvoll sein.

»Ein Blackout ist mittlerweile äußerst unwahrscheinlich – zum Glück.«

Es ist das Jahr 2030.

Wo stehen wir bei diesem Thema?

Wir haben starke Fortschritte erreicht. Unsere Energieversorgung ist ohnehin nicht nur nachhaltiger, sondern auch deutlich unabhängiger gestaltet, sodass ein Blackout ohnehin noch unwahrscheinlicher geworden ist. Dennoch haben wir unsere Vorbereitungen für diesen etwaigen Katastrophenfall in Ländern und Bund besser strukturiert. Die Menschen wissen, wie und wo sie in einer solchen Situation Hilfe bekommen können.

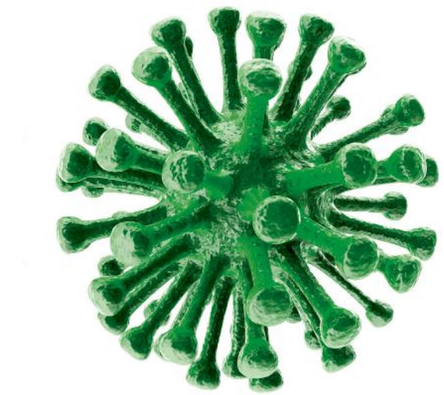


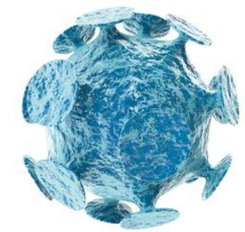
TEXT:
JONAS BAYER (24)
2013 bei den Jungen Liberalen aktiv, studiert Jura in Hamburg und war beim energiepolitischen Sprecher der FDP-Fraktion tätig. Darüber hinaus ist Jonas Feuerwehrmann und bei der DLRG. Ihr erreicht ihn unter *Kontakt@Jonas-Bayer.de*

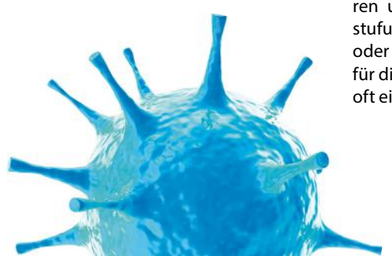
Pandemie-bekämpfung im Jahr 2030

Wie gut sind wir auf zukünftige Pandemien vorbereitet und **was haben wir aus dieser gelernt?**

Die Corona-Pandemie kam ohne Vorwarnung. Doch Viren, die vom Tierreich auf den Menschen überspringen, gab es schon immer und wird es immer geben. Wie gut sind wir auf die nächste weltweite Seuche vorbereitet und wo gibt es Verbesserungsmöglichkeiten?







Die Bundesregierung rund um den damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn wirkte überfordert, als die Pandemie sich zu Beginn des Jahres 2020 immer rasanter ausbreitete und konsequentes Handeln erforderte. Es wurden einige Fehler gemacht, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

Doch wir als Junge Liberale wollen uns nicht nur auf das konzentrieren, was falsch lief, sondern konstruktiv gemeinsam Verbesserungsmöglichkeiten beleuchten. Was können wir bei der nächsten Pandemie besser machen?

FRÜHERES REAGIEREN

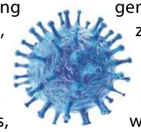
Bei einer Pandemie, wie auch bei jeder anderen Gesundheitskrise, ist es elementar, dass die Bevölkerung den Ernst der Lage erkennt und infolgedessen sich an die Regeln und Handlungsempfehlungen hält. Das ist nur möglich, wenn eine Gesundheitskrise auch als solche erkannt und wahrgenommen wird. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie die Regierungen der einzelnen Länder müssen hier schneller reagieren und informieren. Die Einstufung, ob ein Virus harmlos ist oder eine ernstzunehmende Gefahr für die Gesundheit der Menschen darstellt, ist oft eine Gratwanderung, wie man am Beispiel von Ebola beobachten konnte. Damals, bei Ebola, hat die WHO viel zu spät auf die kritische Meldung aus Südafrika reagiert. Monate voller Verzögerung und Fehleinschätzungen haben viele Menschenleben gekostet. Bei der Corona-Pandemie wurde aus diesem Fehler ein Stück weit gelernt. Jedoch besteht bei der Geschwindigkeit immer noch Verbesserungspotenzial für zukünftige Pandemien.

STÄRKERER FOKUS AUF DIGITALISIERUNG

Diese Pandemie hat uns eines vor Augen geführt: Die fortschreitende Digitalisierung ist keine Hürde, sondern eine Hilfe, wenn es um die Bekämpfung von Krankheiten geht. Die Meldung eines neuen verdächtigen Falles eines Virustoten muss schnell und effizient digital erfolgen, um das Virus einzudämmen. Auch die im Gesundheitssystem Beschäftigten, von Ärztinnen und Ärzten bis hin zum Pflegepersonal, können durch digitalisierte Prozesse entlastet werden. Wichtig, im Hinblick auf den schon vor Corona bestandenen Fachkräftemangel. Die Ausbreitung eines Virus wird beispielsweise schon dadurch verlangsamt, dass Hausärzte Online-Termine für ihre Patienten anbieten und diese sich somit nicht im Wartezimmer anstecken. Auch Künstliche Intelligenz (KI) wird hilfreich sein beim Bekämpfen von Pandemien, bei der Kontaktnachverfolgung ebenso wie beim Entwickeln neuer Impfstoffe und Medikamente.

SOUVERÄNITÄT DER WHO STÄRKEN

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump, der ein großer Kritiker der WHO war, hatte kurzum damit gedroht, die Organisation zu verlassen. Das legt ein Problem offen: Die große Abhängigkeit der WHO von einzelnen Ländern und Spendengebern. Jede Organisation, vor allem, wenn sie einen Gemeinnutzen hat, erhält Spendengelder. Doch wichtig ist, dass dieses Geld nur als zusätzliche Einnahmequelle fungiert und nicht den Hauptbeitrag der Finanzierung ausmacht. Ein Ansatz hierbei wäre, die Mitgliedsstaaten zu einem höheren Pflichtbeitrag zu bewegen, auch wenn dies auf Protest stoßen wird. Doch der Punkt ist: Ein gutes, internationales Gesundheitssystem kann Krankheiten eindämmen und im Umkehrschluss zu einer enormen Kostenersparnis führen. Außerdem wird die Agenda der WHO weniger von den Spendengebern beeinflusst und die einzelnen Länder können Wünsche für eigene gesundheitspolitische Projekte äußern.



STÄRKERE UNTERSTÜTZUNG ARMER LÄNDER

Eine Epidemie ist nicht national zu lösen. Ein Virus macht nicht an einer Grenze halt. Daher ist es wichtig, arme Ländern bei der Errichtung eines qualitativ hochwertigen Gesundheitssystems zu unterstützen und den Zugang zu Impfstoffen zu erleichtern. Wenn sich der Virus in Entwicklungsländern ungebremst übertragen kann, sind Mutationen die Folge – Die dann durch den Flug- und Reiseverkehr auch bei uns ankommen. Bei Ebola konnte man sehen, dass gerade arme Länder mit fragilerem Gesundheitssystem wenig geschützt sind vor einem aggressiven Virus. Daher ist es wichtig, Menschen in armen Ländern zu informieren. Es muss verständlich kommuniziert werden, dass sie Kontakt mit Fremden sowie Berührungen mit Erkrankten und Toten vermeiden sollen. Auch die WHO sollte zukünftig mehr Ethnologen einstellen, die sich mit Lebensrealität und Kultur in armen Ländern auskennen.

ERREICHUNG DER KLIMAZIELE

Der fortschreitende Klimawandel ist eine Katastrophe, die auch ihren Anteil an der Weiterverbreitung von Krankheitserregern beiträgt. Deswegen dürfen der Kampf gegen die Corona-Pandemie und gegen den Klimawandel kein entweder oder sein, sondern ein sowohl als auch. Beides muss parallel angegangen werden, denn es fehlt die Zeit, die Verlangsamung der Klimakatastrophe nach hinten zu verschieben. Der Mensch hat durch die Massentierhaltung, die exzessive Viehzucht, aber auch durch den internationalen Handel mit exotischen Wildtieren nicht nur in die Umwelt eingegriffen, sondern auch die Schnittstelle zwischen Mensch und Tier überschritten. Dies und das schnelle Wachstum der Weltbevölkerung erleichtern und beschleunigen das Übertragen von Infektionskrankheiten enorm. Durch den menschgemachten Klimawandel wird der Lebenszyklus vieler Säugetiere und Insekten gestört. Zoonotische Krankheiten werden sich auch in kälteren Gebieten wie Europa schneller ausbreiten können, wenn die Temperaturen steigen, wie der ehemalige Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI) Hacker es in seinem Buch „Pandemien" beschreibt.

Das Bekenntnis zu Klimazielen darf kein bloßes Lippenbekenntnis bleiben. Wichtig ist, dass die Länder ihre Sustainable Development Goals (Nachhaltigkeitsentwicklungsziele) erreichen. Das sind insgesamt 17 Ziele, die sich die Vereinten Nationen vorgenommen haben. Ein weiteres Beispiel für internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz ist der „European Green Deal", der Richtlinien für die EU beinhaltet, die Wirtschaft und Ökologie vereinen soll. Durch die Corona-Pandemie ist deutlich geworden, dass internationale Zusammenarbeit bei Gesundheitsthemen benötigt wird und dass die Schnittstellen zu Klima, Umwelt und Tierreich besser koordiniert werden müssen. Die Zeit drängt.

EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT

Die Corona-Pandemie wird eines Tages ihr Ende erreichen. Doch dies wird nicht die letzte Epidemie oder Pandemie gewesen sein, mit der die Menschheit in Zukunft konfrontiert wird. Durch vermehrte Flugreisen und eine eng zusammenwachsende, globale Welt, verbreiten sich Infektionskrankheiten immer schneller. Daher müssen wir auch schneller reagieren – mit digitaler Kontaktverfolgung und verständlicher Kommunikation von Hygienemaßnahmen.

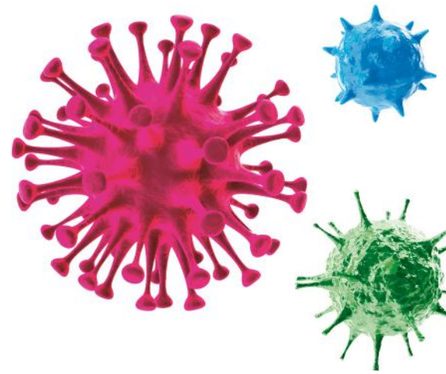
Die Bekämpfung von Pandemien ist mehr als nur Selbstzweck. Denn wenn Pandemien effizient bekämpft werden, sind mehr Kapazitäten und finanzielle Mittel zur Bekämpfung von anderen Krankheiten vorhanden. Die großen Ziele, die Lebenserwartung aller Menschen nachhaltig zu steigern, Kinder- und Müttersterblichkeit zu reduzieren und Impfstoffe gegen AIDS, Krebs und andere Krankheiten zu finden und die Forschung dort hingehend zu fördern, können angegangen werden. Es gilt, das Große und Ganze zu betrachten.

Eines ist sicher: In den kommenden Jahrzehnten werden weitere Infektionskrankheiten und auch daraus resultierende Epidemien sowie Pandemien auf die Menschheit zukommen. Und auch diese Krisen können nur so gelöst werden: global, vernetzt und miteinander.

Es ist das Jahr 2030.
Wo stehen wir bei diesem Thema?

Im Jahr 2030 wird der Ausbruch der Coronapandemie rund zehn Jahre zurückliegen. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz werden sich in Medizin und Wissenschaft erfolgreich etabliert haben. Apps, über die neue Viren gemeldet und Kontakte automatisch und lückenlos nachverfolgt werden, sind auf nahezu jedem Handy installiert. Impfstoffe werden mithilfe von KI und medizinischer Durchbrüche innerhalb von Tagen entwickelt. Die meisten Länder sind klimaneutral und unterstützen ärmere Staaten, was Impfstoffdistribution und medizinische Versorgung angeht.

TEXT:
STEFANIE UNBEHAUEN (26)
arbeitet als freie Journalistin in den Ressorts Wirtschaft/Gesellschaft/Politik. Sie besitzt einen Bachelorabschluss in Wirtschaftswissenschaften und einen weiteren in Wirtschafts- und Politikjournalismus. Zurzeit macht sie ihren Master in Würzburg. In ihrer Freizeit geht sie gerne Skifahren oder spielt Tennis.
Du erreichst sie unter ***steffi.unbehauen@gmx.de***



Das ist alles nur MINDSET

Corona, Krieg, Inflation - Das sind Themen, die uns heute alle beschäftigen und psychische Erkrankungen fördern. Doch auch ohne diese extremen Situationen gibt es eine Vielzahl an Faktoren, die einen dauerhaften Einfluss auf die Psyche haben. Auf diese Alltäglichkeiten, unser erlerntes Verhalten und die Folgen davon, möchten wir in diesem Artikel ausführlich eingehen.

Was dich nicht umbringt macht dich nur stärker", „Jetzt stell dich mal nicht so an, das Leben ist nun mal kein Ponyhof", „Ein wahrer Indianer kennt keinen Schmerz". Solche Sprüche hört man als Junge wohl jeden Tag, schließlich sind sie ein einfaches Mittel um Probleme als vermeintliche Selbstkontrolle umzuformulieren. Dabei verlangt man bei Jungen von klein auf, dass sie mit ihren Problemen anders umgehen als ihre gleichaltrigen Spielgefährtinnen, schließlich soll man als Mann auch mal Schmerzen aushalten, wer heulen muss gehört zu den Mädchen. Wie problematisch solche Geschlechterklischees sind zeigt sich dabei nicht erst seit der stärkeren medialen Präsenz von Trans*Personen und nicht binären Personen. Die wahren Auswüchse dieses Problems zeigen sich jeden Tag in Deutschland, einem Land wo sich Männer 3x häufiger das Leben nehmen als Frauen. Aber woran liegt das, und was können wir als Liberale dagegen tun? Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass Frauen in Deutschland häufiger diagnostiziert unter psychischen Krankheiten leiden als Männer. Gerade bei Krankheiten wie Depressionen, Ess- und Angststörungen ist der Großteil der Betroffenen weiblich. Diese Statistik ist dabei aber nicht zwangsläufig auf ein besseres psychisches Wohlbefinden bei Männern zurückzuführen, sondern auf eine Diagnoselücke. Männer gehen von sich aus deutlich seltener in Therapie.

Zudem erhalten Männer, wenn sie den ersten Schritt zum Psychologen wagen, bei gleichen psychischen Symptomen, seltener die Diagnose und notwendige Behandlung. Das Männer aber nichtsdestotrotz leiden, zeigt sich unter anderem in der Anzahl an Personen mit einer Alkoholstörung, wobei mit 18,4% im Jahr 2011 mehr als viermal so viele Männer wie Frauen betroffen waren. In der Gesamtbevölkerung war das fast jeder fünfte Mann. Dabei leidet unter der Abhängigkeit von Alkohol nicht nur der Betroffene selbst, sondern mit ihm sein gesamtes Umfeld, welches im Laufe der Krankheit häufig selbst psychisch erkrankt. Hier ist bereits der erste Punkt an dem wir als Freiheitsdenker ansetzen sollten. Um eine freie Wahl zu haben, muss man auch über die damit verbundenen Gefahren aufgeklärt werden. Dazu gehört für uns eine Ausweitung der Suchtprävention, insbesondere im Bereich des Alkohols. Niemand sollte das Feierabendbier verboten werden und auch der Shot im Club gehört irgendwo zum Leben mit dazu. Aber gerade dort wo durch den Alkoholkonsum die Selbsttherapie beginnt, muss den Betroffenen eine bessere Alternative geboten werden. Konkret für junge Erwachsene müssen niedrigschwellige Hilfsangebote an allen Schulen, Ausbildungsstätten und Universitäten geschaffen werden, bei welchen man kurzfristig eine Erstberatung erhalten kann oder an eine Erstberatungsstelle weitergeleitet wird. Dazu muss strukturell die Anzahl an Psychotherapeuten erhöht werden, wofür langfristig eine Anhebung der vergebenen Psychologiestudienplätze notwendig ist. Der wichtigste Baustein jedoch bleibt ein Umdenken in der Gesellschaft über vorherrschende Geschlechterstereotype, welche den Mann von Natur aus in eine starke Rolle pressen wollen, wodurch schon Jungen von klein auf das Gefühl bekommen, stärker sein zu müssen, als sie es am Ende sind. Es muss normal werden, dass auch Männer Gefühle haben und genauso psychisch leiden können wie alle anderen.

Darüber hinaus muss es auch für Männer möglich sein zu scheitern. Dabei spricht wenig gegen ein Leistungsprinzip, im Gegenteil, wir Liberale sollten dies auch weiterhin als unseren Grundpfeiler betrachten. Dennoch sollten auch wir beachten, dass ein Prinzip der Leistung dort schadet, wo auf Grund falscher Erwartungshaltungen jemand versucht etwas zu leisten, wozu er psychisch nicht in der Lage ist. Dieses Problem ist dabei natürlich, wie so viele Probleme im Bereich psychische Gesundheit, kein rein männliches Problem, aber gerade das Versorgerdenken und der damit verbundene notwendige berufliche Erfolg, ist in unserer Gesellschaft noch zu sehr mit dem Mann verbunden.

Um diese Probleme anzugehen ist es nicht einmal notwendig, dass männliche Geschlecht zu schwächen. Vielmehr müssen wir die veralteten Stigmas beseitigen und Frauen im Sinne der Gleichberechtigung stärker in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen fördern. Zum Schluss müssen wir uns klarmachen, dass gerade im Bereich der psychischen Gesundheit, die zu Beginn dieses Artikels aufgeführten Sätze nicht gelten.

Zusätzlich zu dieser Belastung, gibt es noch viele weitere Einflüsse, die auf unsere Psyche einwirken. Circa 45 % der Bevölkerung nutzen täglich Social Media. Was zunächst als Netzwerk und der Kommunikation dienen soll, kann aber schnell zur Belastung werden. Laut dem Statistischen Bundesamt nutzen in der Altersgruppe von 10-15 Jahren 61% soziale Medien. Insbesondere für junge Menschen in ihrer Entwicklungsphase kann dies eine starke Belastung darstellen. Unrealistische Standards sind dort keine Seltenheit. Als so junger Mensch den perfekten Instagram-Lifestyle zu sehen, mit den teuren Urlauben und den perfekt durchtrainierten Körpern, kann schnell zu Leistungsdruck, Depressionen oder Essstörungen führen. Studien konnten bereits belegen, dass das Betrachten von Bildern besonders attraktiver und erfolgreicher Menschen die Stimmung sinken lassen kann. Je mehr wir uns mit anderen vergleichen, desto unzufriedener und unglücklicher werden wir. Insbesondere bei jungen Frauen, kann ein vermehrter Konsum von Social Media zu Depressionen und Angstzuständen führen. Zusätzlich kann man in den letzten Jahren beobachten, dass es einen deutlichen Anstieg von Essstörungen gibt. Experten gehen davon aus, dass ein hoher Social Media Konsum und ein Gefühl des Kontrollverlustes dafür verantwortlich sind. Nach der Schule, im Studium oder in der Ausbildung, kann dann der Leistungsdruck zusätzlich zum Problem werden. Manchmal hat man in den sozialen Medien das Gefühl, dass es nicht genug ist, mit 23 noch kein Haus gekauft zu haben und immer noch Student zu sein oder dass es zwingend notwendig ist, täglich zu lernen oder zum Sport zu gehen. Was wir aber oftmals vergessen: Der Großteil der Bevölkerung führt ein ganz normales Leben. Es ist normal keine Maschine zu sein, mal rumhängen zu wollen oder sich einfach mal eine Pizza zu bestellen, weil man kein veganes Meal-Prepping betreibt.

Wie ist das eigentlich bei dir? Schaust du dir regelmäßig deine Bildschirmzeit an? Die durchschnittliche Bildschirmzeit beträgt aktuell 10 Stunden pro Tag. Selbstverständlich hat die COVID-19 Pandemie ihren Teil dazu beigetragen, dennoch ist die Frage, wie viele Stunden man die Bildschirmzeit nach der Pandemie wieder reduziert hat. Eine dauerhafte Erreichbarkeit und das Warten auf Nachrichten kann langfristig zu Schlafstörungen und dem Verlust der Erholungsfähigkeit führen. Im schlimmsten Fall kann es zu nervösen Unruhezuständen kommen und ein Burn-Out drohen.

Zusätzlich zu den Nebenwirkungen eines erhöhten Social Media Konsums ist Hass im Netz ein Thema um das man nicht herumkommt. Bereits im frühen Jugendalter kann man von Mobbing im Netz betroffen sein. Selbstverständlich ist dies nicht gut für die Entwicklung. Nicht nur unsere Jugend ist von Hass im Netz betroffen. Insbesondere politisch engagierte Menschen, haben bereits das ein oder andere Mal von Anfeindungen im Internet gehört oder es gar selbst erlebt. In einer Befragung gaben 38% an, von mindestens einer Form der folgenden Themen betroffen gewesen zu sein: Beleidigungen, Bedrohungen, Falschbehauptungen, Belästigung, Stalking oder der Veröffentlichung privater Daten. 70 % von dieser Gruppe waren im Alter von 18-24 Jahren.

Was können wir daraus mitnehmen? Eine Therapie macht einen Mann nicht weniger männlich als er es sowieso ist, im Umkehrschluss zeigt die zehnte Flasche Bier am Abend auch keine besondere Stärke. Es ist genauso nicht nötig dauerhaft präsent zu sein und wir empfehlen den Social Media Konsum zu hinterfragen.

Packen wir also das Problem beherzt an. Es lohnt sich dafür zu kämpfen.

SUCHT ALKOHOL SOCIAL MEDIA

Es ist das Jahr 2030.

Wo stehen wir bei diesem Thema?

Im Jahr 2030 wird der Ausbruch der Coronapandemie rund zehn Jahre zurückliegen. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz werden sich in Medizin und Wissenschaft erfolgreich etabliert haben. Apps, über die neue Viren gemeldet und Kontakte automatisch und lückenlos nachverfolgt werden, sind auf nahezu jedem Handy installiert. Impfstoffe werden mithilfe von KI und medizinischer Durchbrüche innerhalb von Tagen entwickelt. Die meisten Länder sind klimaneutral und unterstützen ärmere Staaten, was Impfstoffdistribution und medizinische Versorgung angeht.

TEXT: JOHANN SEHMSDORF (19) studiert im 3. Semester Jura in Freiburg. Neben der Politik ist Schach sein größtes Hobby, wer möchte kann ihm gerne an die untenstehende Mail seinen Lichess-Namen schicken.
sehmsdorf.johann@gmail.com

JANA FESTAG (22) ist stv. BAK & LAK-Leiterin. Mental Health ist ihr eine Herzensangelegenheit und für Feedback ist sie unter folgender Mail-Adresse zu erreichen:
jana.festag@julis.de

SHIZOPHRENIE

als Staatsraison?

Es begann mit dem geplanten Ausstieg aus der Kernenergie und dem gleichzeitigen Import von Atomstrom, wurde fortgesetzt mit dem Abschalten von Kohlekraftwerken und dem gleichzeitigen Import von Kohlestrom und mündet nun im Verbot von Fracking und dem gleichzeitigen Import von Fracking-Gas: Deutschland betreibt eine zutiefst schizophrene Energiepolitik.
Diese neigt vor allem dazu, unbeliebte Techniken ins Ausland zu verlagern und dabei trotzdem deren Früchte zu ernten.

WAS IST EIGENTLICH „FRACKING“ GENAU?
Hydraulic Fracturing (kurz: Fracking) ist eine Technik, bei deren Anwendung unter hohem Druck Flüssigkeit in tiefe Gesteinsschichten gepresst wird. Dies sorgt dafür, dass sich Risse im Gestein bilden. Durch diese Risse kann dann das Gas entweichen, das vorher im Gestein eingeschlossen war und deshalb nicht auf herkömmliche Art und Weise gefördert werden kann.
In Deutschland wird die Technik seit 1961 angewandt, allerdings nicht zur Förderung von Gas aus Schiefergestein, da dies verboten ist. Wenn von (unkonventionellem) Fracking von Erdgas die Rede ist, meint man die Förderung mittels Frackings von eben diesem Schiefergas.

4. August 2016: In Berlin wird das sog. „Fracking-Gesetz“ erlassen. Es verbietet die kommerzielle Förderung von Gas (insbesondere von Schiefergas) aus unkonventionellen Lagerstätten mittels der Fracking-Methode. Dies war der Schlussstein eines jahrelangen Prozesses, der geprägt war von öffentlichen Falsch-Informationen und verzerrten Darstellungen. Was war passiert?

2010 kam der amerikanische Film „Gasland“ in die Kinos, darin eine Szene, in der ein Mann aus Colorado seinen Wasserhahn in der Küche aufdreht und ein Feuerzeug danebenhält; sofort entsteht eine riesige Flamme. Die Szene wurde tausendfach gezeigt; u.a. in deutschen Nachrichtensendungen. Die Botschaft „Achtung! Fracking verseucht das Trinkwasser!“ schlägt ein wie eine Bombe. In Deutschland gründen sich hunderte Bürgerinitiativen gegen Fracking und der öffentliche Druck auf die Politik, doch endlich etwas zu unternehmen, steigt. In der Folge beschäftigen sich zwei Bundesregierungen mit dem Thema und die schwarz-rote Koalition kommt 2016 letztendlich zur Einigung, das unkonventionelle Fracking zu verbieten.

> „Wir fracken nicht. Wir produzieren keinen Atomstrom. Wir verstromen keine Kohle. Denn unsere Nachbarn und Partner tun es für uns.“

Und das, obwohl sich im selben Jahr die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe - also staatliche Experten, keine Lobbyisten - für das Fracking ausspricht: es sei „umweltverträglich einsetzbar“.

Allerdings kam das Verbot glücklicherweise nicht einfach so: es wurde nämlich gleichzeitig eine Expertenkommission eingesetzt mit dem Ziel 2021 einen Bericht vorzulegen, der die Sinnhaftigkeit des Fracking-Verbots überprüfen soll. Der letztes Jahr vorgelegte Bericht kommt zu dem Schluss, „dass sich die Umweltrisiken aufgrund von Fracking unkonventioneller Lagerstätten durch eine angepasste Steuerung und Überwachung der Maßnahmen minimieren lassen.“ Mittlerweile ist bekannt, dass die Szene mit dem brennenden Trinkwasser die Öffentlichkeit vollkommen in die Irre geführt hat. Das Trinkwasser in Colorado brannte nämlich leider schon des Öfteren - und zwar schon lange bevor überhaupt das erste Mal gefrackt wurde.

Im Februar dieses Jahres marschierte Russland in der Ukraine ein. In der Folge wurden die deutschen Gasimporte aus Russland beendet und nach Alternativen gesucht. Fündig wurde die Bundesregierung u.a. in den USA, die uns Gas in verflüssigtem Zustand liefern werden: das LNG, für das gerade die nötigen Terminals an der deutschen Nordseeküste errichtet werden. In den USA kommt das Gas aber nicht einfach so aus dem Boden. Es muss gefördert werden, wobei die Fracking-Methode zum Einsatz kommt.

Es spielt sich dabei ein ähnliches Schauspiel ab, wie beim Import von Strom aus Kernkraftwerken unserer europäischen Nachbarn. In beiden Fällen verbietet Deutschland den hiesigen Energieunternehmen, moderne und sich weiterentwickelnde Techniken anzuwenden und muss trotzdem dabei zusehen, wie eben diese Techniken anderswo erfolgreich genutzt werden, wie mit ihnen Geld verdient wird und wie sie die Versorgungssicherheit gewährleisten. Garniert wird das Ganze dann oftmals noch mit grünem Besserwissertum. Zum Bespiel, wenn die Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag Anträge einbringt, die am liebsten der gesamten EU das Betreiben von AKWs ausreden wollen. Aber nochmal zur Erinnerung: Deutschland hat 2021 9,8 Milliarden Kilowattstunden Strom aus Frankreich importiert und der französische Energiemix besteht zu weit mehr als 50 Prozent aus Kernenergie. Ein ähnlicher Vergleich ließe sich leider mit Polen und dem Kohlestrom ziehen.

Beim Import von Fracking-Gas ist indes folgendes zu bedenken. Der Wirkungsgrad bezogen auf die Energiemenge beträgt bei dem aus den USA importierten Gas nur ca. 80% und transportiert wird es mit von Schweröl betriebenen Tankern. Energie- und umwelttechnisch ist das irrsinnig, wenn man sich die heimischen Erdgasvorkommen vor Augen führt. Diese werden auf 320 bis 2000 Mrd. mittels Frackings förderbare Kubikmeter geschätzt, was den deutschen Erdgasverbrauch von ca. 90 Mrd. Kubikmeter über Jahre hinweg decken könnte.

Man muss also konzertieren: zum wiederholten Male belügen wir uns selbst, wenn wir meinen, unsere Hände in Unschuld waschen zu können, indem wir sagen: „Wir fracken nicht. Wir produzieren keinen Atomstrom. Wir verstromen keine Kohle.“ Denn unsere Nachbarn und Partner tun es für uns. Und sie verdienen Geld damit.

Wir hingegen machen uns abhängig von ihnen. Und freuen uns noch darüber. Das ist schizophren.

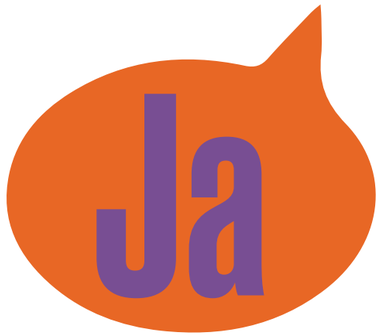
Es ist das Jahr 2030.
Wo stehen wir bei diesem Thema?
Nachdem die Bundesregierung im Jahr 2026 das Fracking in Deutschland erlaubt hat und daraufhin zum 01. Januar 2029 mehrere Unternehmen mit dem Fracking in Deutschland begonnen haben, ist der Gaspreis stark gefallen und Tausende neue Arbeitsplätze sind entstanden.

TEXT: LAURENT PUTZIER (21)
ist Beisitzer im Berliner Landesvorstand und studiert Bauingenieurwesen an der TU Berlin. Über Gedankenanregungen zum Thema Energie und insbesondere zum Fracking freut er sich sehr: ***laurent.putzier@julis.de***

DAUERHAFTER WIEDEREINSTIEG IN DIE ATOMKRAFT?

Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine schwelt ein Konflikt in der bundesdeutschen Politik. Es geht um die Frage, ob, und wenn ja wie lange, Deutschland angesichts der Energiekrise noch auf den Betrieb von Kernkraftwerken setzt, um die Energieversorgung zu sichern. Die Debatte, aus der Not geboren, legt die Axt an ein Projekt, dass vor dem Februar 2022 beinahe als heilig in der deutschen Politik galt: die Entscheidung gegen die Kernenergie als Grundlast der deutschen Energieversorgung. Der steigende Energiehunger der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt sollte stattdessen über Kohle und Gas gestillt werden, wobei erstere in Deutschland gefördert wurde und zweiteres billig aus Russland fließen sollte.

Aus heutiger Sicht erscheint die Entscheidung wie ein folgenschwerer Fehler. Sicher, durch erneuerbare Quellen wird in Zukunft ein Großteil des Stroms nachhaltig produziert werden. Bis wir diese aber zur Sicherung der Grundlast nutzen können, werden noch einige Jahre vergehen. Der Traum vom russischen Gas musste sich der Realität beugen, dass man seine Energieversorgung nicht vom Anbiedern an Diktaturen abhängig macht. Und der Flächenverbrauch der Braunkohle führt trotz des beschlossenen Kohleausstiegs immer wieder zu Konflikten. Eine Sache eint beide Energieträger: ihre Klimabilanz ist katastrophal. Für jede kwH Strom aus Kohleenergie werden 1.150 Gramm CO2 emittiert, für die Kernenergie sind es lediglich 12 Gramm. Wer also Kohle und Gas zur Herstellung der Grundlastfähigkeit der Kernenergie vorzieht, tut dies auf dem Rücken des Klimas.



Genau aus diesem Grund steht Deutschland in der Ausstiegsdebatte fast allein da. Viele unserer engsten Nachbarn haben die Kernenergie als festen Bestandteil ihrer Nachhaltigkeitsstrategie eingeplant. Die Anzahl an Kernkraftwerken weltweit ist seit Jahrzehnten relativ konstant geblieben. Das führt zur paradoxen Situation, dass Deutschland, als Stromimporteur, auf die Kernenergie anderer Staaten angewiesen sein wird, um die Energieversorgung zu sichern.

Durch die Entscheidung gegen die Kernenergie und für Kohle und Gas hat sich Deutschland auch in der Nuklearforschung ins Abseits gestellt. Hier steckt ein gewaltiges Innovationspotential, in Zukunft werden neue Reaktortypen noch effizienter, nachhaltiger und sicherer sein. Das deutsche Know-How wird gerade im Feld der Reaktorsicherheit international fehlen, betreiben wir doch die sichersten Meiler der Welt.

Wie konnte es so weit kommen, dass wir uns von einem so vorteilhaften Energieträger lossagen? Viel hängt damit zusammen, dass die Kernenergiedebatte wohl in keinem Land so emotional geführt wurde wie in Deutschland. Eine Politik, die Schritt für Schritt die Transformation wagt und keine Wette auf die Zukunft zum Schaden des Klimas eingeht, war für die grüne Anti-Atom-Bewegung nur hinderlich. Stattdessen wurde durch die Holzhammer-Methode des Ausstiegs, unter der Maxime der politischen Alternativlosigkeit, eine absolute Richtungsentscheidung erzwungen. Eine Ausstiegsdebatte ist aber eine wenig liberale Art, mit einer generationenumspannenden Menschheitsaufgabe wie der zukünftigen Energieversorgung umzugehen. Akzeptabel wäre sie nur, wenn wir dem Staat zugestehen, über so viel Weitsicht zu verfügen, dass er Entscheidungskorridore für die Zukunft stark verengen darf. Dass die Konsequenzen der Einengung berechtigte Zweifel an der Allwissenheit des Staates zulassen, wird besonders gut an der fatalen Abhängigkeit von Russland deutlich. Als Liberale kennen wir auch bessere Instrumente wie den CO2-Zertifikatehandel, der zum Beispiel einen Ausstieg aus der Kohle ganz ohne Ausstiegsdatum erlauben würde.

Lassen wir also nicht zu, dass sich die Kernenergie-Debatte wieder im Klein-Klein emotionalisierter Debatten verirrt. Denken wir langfristig, indem wir uns eingestehen, dass eine Politik der Extreme kein guter langfristiger Planer ist. Und nutzen wir die vielleicht letzte Chance, den historischen Fehler des Ausstiegs aus der Kernenergie zu korrigieren.

TEXT:
NICO FENSKE (22) hat Politikwissenschaft und Soziologie studiert und arbeitet als politischer Referent für die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag. Er war zuletzt Mitglied des Landesvorstandes der JuliA Sachsen und ist stellvertretender Kreisvorsitzender der JuLis Leipzig. Du erreichst ihn unter: ***nico.fenske@julis.de***

Nachhaltig, marktwirtschaftlich und innovativ - diese drei Adjektive beschreiben meinen Kompass liberaler Energiepolitik. Überholt, teuer und risikoreich - mit diesen drei Adjektiven hingegen lässt sich die Idee eines Wiedereinstiegs in die Atomkraft charakterisieren.

Das Märchen der zukunftsweisenden Atomkraft ist mit einem Blick zu unseren französischen Nachbarn schnell zu Ende erzählt. Frankreich setzt wie kein anderes Land der Welt auf Atomenergie. Das fällt ihnen mitten in der ernstesten Energiekrise des 21. Jahrhunderts jetzt auf die Füße. Fast die Hälfte aller Reaktoren steht aufgrund von Sicherheitsmängeln, Wartungen oder technischen Komplikationen still. Gleichzeitig explodieren die Kosten für den Betrieb der Reaktoren, für die vor allem die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Risiken tragen. Finanzielle Nachhaltigkeit? Fehlanzeige!

Das gleiche gilt auch in Sachen ökologischer Nachhaltigkeit. Bisher hat noch kein Land der Welt ein betriebsbereites Endlager für hochradioaktive Abfälle. Die immer lauter werdenden Rufe nach neuen Reaktoren sind also auch immer lauter werdende Rufe nach neuem nuklearem Abfall. Einige vehemente Befürworter der Atomkraft müssen wohl dem Glauben anhängen, dass der nukleare Müll einfach in die gelbe Tonne wandern könne. Eine erforderliche sichere Lagerung und zum Teil über eine Million Jahre notwendige Abschirmung von der Biosphäre, werden dann erst zum Problem kommender Generationen. Das Lied der Generationengerechtigkeit lässt sich so bloß leider schlecht weitersingen.

"Die Atomkraft ist das Galeria Kaufhof der Energiewirtschaft."

Wem an marktwirtschaftlicher Vernunft noch etwas liegt, der wird auch einsehen müssen, dass ein Wiedereinstieg in die Atomkraft nicht mit besonnenem wirtschaftspolitischem Handeln zu erklären ist. Beim diesjährigen Dreikönigstreffen der Freien Demokraten fragte Christian Lindner zurecht zynisch danach, wer das Risiko eingehen würde, eine Technologie wie die Atomkraft am Markt zu versichern. Um zu verstehen, dass das mehr als naiv wäre, braucht es keinen Besuch einer Vorlesung der Volkswirtschaftslehre. Einen Wiedereinstieg in die Atomkraft gibt es also nur mit Staatshaftung. Überspitzt könnte man sagen: Die Atomkraft ist das Galeria Kaufhof der Energiewirtschaft. Einen Platz am Energiemarkt hat sie nur noch mit staatlicher Unterstützung und Subvention.

Mit einem Anteil von 6,3 Prozent an der Stromerzeugung in Deutschland, lässt sich die Atomenergie mit dem gelb-magenta Planungsturbo der Bundesregierung schnell durch erneuerbare Freiheitsenergien ersetzen. Dabei laufen wir keine Gefahr, dass wortwörtlich der nächste Supergau nach Tschernobyl und Fukushima in Lingen, Neckarwestheim oder Essenbach vor unserer Haustür droht. Jede Flutwelle wie im Ahrtal, jeder Flugzeugabsturz, jeder Terroranschlag, ruft Fragen nach der atomaren Sicherheit hervor. Fragen, die wir uns nicht mehr stellen sollten.

Die Debatte um die Atomkraft ist eine Debatte eines vergangenen Jahrzehnts. Sie ist eine Debatte, auf die die deutsche Gesellschaft bereits eine Antwort gefunden hat: Den Ausstieg aus der Atomkraft. Lasst uns keine weitere Anstrengung im Kulturkampf um die Atomkraft verplempern, sondern jetzt mit aller Kraft an einem klimaneutralen Deutschland mit Zukunfts- und Freiheitstechnologien arbeiten.

TEXT:
PAUL LANWER (20) hkämpft als Kreisvorsitzender der JuLis im schwärzesten Wahlkreis der Republik für Fortschritt. Gleichzeitig findet man ihn häufig in den Fußballstadien Niedersachsens. An der Leibniz Universität in Hannover studiert er außerdem Politikwissenschaft im dritten Semester. Du erreichst ihn unter: ***paullanwer@julis.de***

TAIWAN UND CHINA

Die Republik China (der Einfachheit halber im folgenden Taiwan) und die Volksrepublik China sind Themen, über die nicht gerne gesprochen wird. In der aktuellen weltpolitischen Lage erscheint es fast so, als wäre die Frage durch den Krieg in Europa in den Hintergrund gerückt. Doch hat die Frage im Umgang mit der Volksrepublik China Weltbrisanz.

KRIEG AM HORIZONT?

Erst kürzlich sprach Bundeskanzler Scholz ein Machtwort zum Verkauf von Anteilen des Hamburger Hafens, der Kanzler selbst reist nun nach Peking, doch was will er dort eigentlich? Handelsbeziehungen verbessern, kritische Infrastruktur verkaufen oder die erstarkte Russisch-Chinesische Allianz kritisieren? Seine Koalitionspartner forderten ihn auf, das Thema der Behandlung der Uiguren nicht zu vergessen, Härte zu zeigen und vor allem einen klaren Kurs mithilfe unseres westlichen Wertekompass zu liefern. Gerade diese Werte werden nicht unweit von der VR China auf der Insel Taiwan vertreten. Doch die VR China fährt weiterhin einen harten Ein-Chinakurs, sieht den unabhängigen Inselstaat immer noch als abtrünnige Provinz. Der Vorsitzende der chinesischen Militärkommission und gleichzeitig „überragende Führer“ Xi Jinping wurde kürzlich vom Parteikongress der kommunistischen Partei für fünf weitere Jahre gewählt. Während seiner vorangegangenen Amtszeit verschärften sich bereits die verbalen Drohungen gegen Taiwan, auch was den Einsatz militärischer Mittel angeht. Dabei stellt sich die Frage: Kann die VR China Taiwan überhaupt angreifen und welche Folgen hätte dies?

Um die Frage nach den Möglichkeiten zu eruieren, müssen wir nur ein paar Monate zurückblicken. Mit dem Besuch von Nancy Pelosi (Sprecherin des US-Repräsentantenhauses) begann die VR China ein groß angelegtes Militärmanöver. Dabei wurden zwischen dem 04. und 07. August See- und Landkorridore gezielt gesperrt und als „No Entry“ Zonen deklariert. Diese Zonen verletzten sogar die 12 Meilen Grenze zum Festland, sprich: Sie fanden im taiwanesischen Hoheitsgebiet statt. Dort wurden unterschiedlichste Militärmanöver vollzogen, mit größtenteils scharfer Munition. Die taiwanesische Regierung beschrieb den Vorgang damals als direkte Angriffsübung auf den Inselstaat.

Die VR China verfügt zahlenmäßig über das größte Militär der Welt, ein umfassendes Modernisierungsprogramm wurde in den letzten 15 Jahren durchgeführt. Gerade die Luft- und Marinestreitkräfte wurden massiv aufgerüstet, das Heer trainierte mehrfach amphibische Operationen. Dabei deuten diese Zeichen nur auf eines hin: Einen direkten Angriff auf die Insel. Doch ist sich die chinesische Staatsführung bewusst, dass dieser Vorgang nicht ohne Kosten sein wird. Gerade der Krieg Russlands gegen die Ukraine zeigt dem Zentralkomitee, dass im Westen mehr Einigkeit besteht als vermutlich gedacht. Auch Taiwan hegt diese Hoffnung, nicht zuletzt pflegt das Land wesentlich engere und bessere Beziehungen zu den USA, als es die Ukraine zu Beginn des Krieges tat. Zusätzlich hat man in Taiwan kontinuierlich in die moderne Ausrüstung seiner Streitkräfte investiert, dabei vor allem einen Fokus auf Luftverteidigung gelegt. Dabei entwickelt das Land selbst eigene Waffensysteme, bezieht einen nicht unerheblichen Anteil aus den USA. In der Dimension der Cyber-Kriegsführung ist man noch von den USA abhängig, doch auch hier geht das hochtechnisierte Land langsam eigene Wege. Dazu gibt es im Land eine Wehrpflicht und ein aktives Reservewesen. Es lässt sich also zusammenfassend sagen, dass ein direkter Angriff auf Taiwan gravierende Folgen für beide Seiten haben würde, zusätzlich zu den Reaktionen aus dem Ausland. Ein schneller Krieg scheint unmöglich und gerade innerhalb der USA dürfte der Angriff Reaktionen auslösen, die gewaltiges Eskalationspotential mit sich bringen.

TAIWAN (REPUBLIK CHINA)

Nicht nur das Krieg ein furchtbarer Akt ist, er ist schon nach Clausewitz nie ein Isolierter. Taiwan ist in der Weltwirtschaft der zweitgrößte Standort für Halbleiterproduktion und auch sonst wichtiger IT- und Technologieproduzent. Erst letztes Jahr wurde unter anderem durch Covid, aber auch Ressourcenmangel durch Lieferkettenprobleme deutlich, wie sehr der Chipmangel Einfluss auf die globale Wirtschaft hätte. Dabei hätte ein Krieg fatale Folgen, nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern auch die der VR China und der gesamten Welt. Als Reaktion werden in Deutschland deshalb auch neue Fabriken und Firmen gegründet, um unabhängiger in diesem Sektor zu werden; zuletzt wurde ein Werk in der Nähe von Magdeburg begründet. Dies alles nützt uns, schadet aber Taiwan.

> „Der Krieg hätte katastrophale Folgen. **Auch Xi Jinping weiß das**

Als Fazit lässt sich also nur ziehen: Der Krieg hätte katastrophale Folgen. Auch Xi Jinping weiß das. Doch was die VR China im Gegensatz zu Russland macht, ist Abhängigkeiten zu schaffen, denen man sich nur schwerlich entziehen kann. Dabei sind nicht zuletzt Projekte wie die sog. „Neue Seidenstraße“ nicht nur wirtschaftliche Komponenten, sondern Elemente der Druckerzeugung für beteiligte Unternehmen und Nationen. Dazu werden chinesische Militärbasen weltweit etabliert, militärische Kooperationen ausgebaut und die einheimischen Arbeiter ausgebeutet, beziehungsweise nicht an den Projekten und deren Wohlstand beteiligt. Einen vollständigen Krieg zu Land, Wasser und Luft halte ich daher für unwahrscheinlich. Aber über die nächsten Jahre wird der Druck auf die ökonomischen Partner der Volksrepublik höher, sich klar gegen Taiwan zu positionieren. Dies wird auch Deutschland treffen und uns wirtschaftlich schaden, sollte sich die Bundesregierung gegen diese Drohungen stellen. Auch wird man in den nächsten Jahren unter Xi vermutlich versuchen, Taiwan nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zu isolieren. Dabei könnten auch extreme Mittel, wie beispielsweise Seeblockaden oder die Sperrung des Luftraums eine Rolle spielen. Dass die VR China bereit ist, Völkern ihre Lebensgrundlage zu rauben, haben sie traurigerweise bereits mehrfach unter Beweis gestellt.

Wie können wir also diesen Problemen entgegentreten? In der Ukraine ist ein erster Teilerfolg bereits geschehen, man hat vereinigt Stärke gezeigt, wenn auch mit einigen Anlaufschwierigkeiten. Dies ist aber bei weitem nicht genug. Ebenso erfordert das Handeln gegen die Volksrepublik ein geeinigtes Europa, aber auch unsere Partner und Freunde in Amerika oder Fernost. Taiwan kann nur bestehen, wenn eine klare Kante gegen den zunehmend bedrohlichen Expansionismus der VR China gezeigt wird. Auch wird es von Nöten sein, mehr Abschreckungspotential abzurufen, um zu zeigen, wo wirklich unsere Interessen liegen. Schlussendlich muss eine klare Chinapolitik der Bundesregierung her. Gerade in unruhigen Zeiten brauchen wir einen Wertekompass ohne Luftblasen, um uns sicher durch die Stürme dieser Zeit zu navigieren. Geschlossen mit unseren Partnern können wir dafür sorgen, dass der Pazifik ein Handelsplatz mit verlässlichen Partnern bleibt. Zeigen wir zu viel Appeasement und wenig Engagement, bleiben unsere Verbündeten und wir auf der Strecke. Packen wir also solide Politik an, für eine Region im Frieden, Wohlstand und hoffentlich in Zukunft auch Freiheit!

Es ist das Jahr 2030. **Wo stehen wir bei diesem Thema?**

Bis zum Jahr 2030 wird es von Nöten sein, mehr Abschreckungspotential abzurufen, um zu zeigen, wo wirklich unsere Interessen liegen. Schlussendlich muss eine klare Chinapolitik der Bundesregierung her. Gerade in unruhigen Zeiten brauchen wir einen Wertekompass ohne Luftblasen, um uns sicher durch die Stürme dieser Zeit zu navigieren. Geschlossen mit unseren Partnern können wir dafür sorgen, dass der Pazifik ein Handelsplatz mit verlässlichen Partnern bleibt. Dazu bedarf es kontinuierlichen Prozessen, engen Kooperationen und klaren Kanten! Zeigen wir zu viel Appeasement und wenig Engagement, bleiben unsere Verbündeten und wir auf der Strecke. Packen wir also solide Politik an, für eine Region im Frieden, Wohlstand und hoffentlich in Zukunft auch Freiheit!

TEXT: ALEXANDER HENKEL (28)
hat in Mainz Geschichtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften erfolgreich studiert und ist seit Ende 2015 Mitglied den Julis und FDP RLP. Als Mitarbeiter eines Geschäftsbereichs des BMVg kommt das natürliche Interesse für Sicherheits- und Außenpolitik ganz von allein. In seiner Freizeit spielt er gern Fußball und ist überzeugter Anhänger von Hannover 96. Erreichen könnt ihr ihn unter: *alexanderhenkel1994@web.de.*

Flucht vor Perspektiv-losigkeit

- Der Teufelskreis des Fachkräftemangels in Ostdeutschland

"Deutschland mag seit 1990 zwar vereint sein, doch auch im Jahre 2022 sind Ost und West noch immer nicht gleich. Und das bekommen auch wir zu spüren. Und wir gehen. Und der Osten stirbt aus.

Denn warum sollen wir bleiben, wenn man im Osten noch immer schlechter bezahlt wird als im Westen? Warum sollen wir bleiben, wenn der Osten noch immer schlechter angebunden ist als der Westen? Warum sollen wir bleiben, wenn der Osten noch immer schlechter vernetzt ist als der Westen?" – Das ist ein Ausschnitt aus einer Festrede zum Tag der Deutschen Einheit, die ich dieses Jahr in meiner Heimatstadt halten durfte.

Zwischen September 2021 und August 2022 dauerte es im Durchschnitt 140 Tage, bis eine sozialversicherungspflichtige Stelle in Sachsen-Anhalt besetzt werden konnte. Die Stellenüberhangsquote in Ostdeutschland betrug 2021 55 Prozent. Der Fachkräftemangel ist in ganz Deutschland präsent - doch hängt besonders den Osten ab, wo Regionen mit der höchsten Abwanderung nun zusätzlich große Teile ihrer Bevölkerung ohne Hoffnung auf Nachfolgende in Rente schicken müssen.

Doch warum ist das Problem vor allem hier so groß? Ich lebe in Thüringen, bin siebzehn Jahre alt. Ein Alter, in dem allen voran der Osten Deutschlands mich von allen Seiten als Fachkraft für Handwerk und Sozialversorgung zu werben versucht - ich solle KFZ-Mechaniker, Erzieher, Gastronom werden - doch auch ich möchte mit meinem nahenden Abitur lieber studieren gehen, statt eine Ausbildung zu machen und sehe meine berufliche Zukunft weder im Handwerk noch in Ostdeutschland. Weil es mir - wie weiten Teilen meiner Generation - so vorkommt, als spiele sich das Leben im Westen ab. Lohnungleichheit, Modernisierungsdefizite, veraltete Strukturen... Die Liste der Gründe dafür, Mitteldeutschland den Rücken zu kehren, ist lang. Das eigentliche Problem ist aber, dass der Fachkräftemangel selbst auch sein eigener Auslöser ist.

FREIHEIT, BRÜDERLICHKEIT... UND WAS WAR ES NOCH GLEICH?

Die Politik hat leider den Zeitpunkt verschlafen, an dem die neuen Bundesländer schon längst gleichwertige Lebensverhältnisse mit den Alten hätten genießen müssen. Die Folge war eine Abwanderung, die bereits unter den Baby-Boomern eingesetzt und viele von ihnen in den Westen getrieben hatte - der Startschuss für einen Teufelskreis. Denn dort, wo ohnehin bereits ein Mangel vorherrschte, dramatisiert sich die Lage mit dem Rentenalter der letzten geburtenstarken Generation nun drastisch. Darunter leiden nicht nur ostdeutsche Betriebe und Unternehmen, sondern auch die Bildung und Infrastruktur der Länder. Denn woher sollen die Straßen, Busse und Glasfaserkabel auch kommen, wenn niemand da ist, der sie baut, fährt oder verlegt? Während die Stadtstaaten mit 5G-Netz, großen Konzernen und einer toleranten, jugendlichen Gesellschaft aufwarten, lese ich mit einem Balken und E-Netz auf dem Land einen Artikel über meine Heimatstadt als Reichsbürgerhochburg und bin aufgrund meiner diversen Geschlechtsidentität stadtbekannt. Und was vorher schon nicht besonders attraktiv für potentielle Neuzugänge aus den alten Bundesländern war, verscheucht somit auch die verbliebene eigene Jugend. Schließlich ist nichts mehr da, außer konservativer Strukturen und sonstigen Auswirkungen des demografischen Wandels.

Meine Heimatstadt Sondershausen ist ein besonders gutes Beispiel für Letzteren: Im Nachbardorf wurde letztens erst ein weiteres neues Seniorenheim eröffnet, während für uns bei der Fächeranwahl zur Oberstufe im letzten Jahr kein Chemie-Leistungskurs zustande kam, da unsere Klassenstufe zu wenige Jugendliche hat.

Die Stadt arbeitet mit Hochdruck an Projekten und Kampagnen zum Stopp der Landflucht und möchte den Zu- bzw. Rückzug der Studierenden und Auszubildenden befeuern, die Sondershausen einst verlassen haben. Und während sie all ihre Energie darauf anwendet, die Region attraktiver zu machen, fährt der letzte von drei Bussen täglich die zahlreichen Dörfchen des Kyffhäuserkreises ab...

TAKTISCHER RÜCKZUG

Die Westflucht läuft auf einen neuen Höchststand zu. Und während sich die Jugend dort konzentriert, "vergreist" der demografische Wandel den Osten. Laut eines Statistikberichts des Statistischen Bundesamtes zur "Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland zwischen 1990 und 2021" lebten 2020 in Westdeutschland 5mal so viele Menschen wie in den neuen Bundesländern - gleichzeitig stieg dort der Anteil der ü65-Jährigen von 15 auf 22% innerhalb der letzten 30 Jahre. Wenn man also vom "Fachkräftemangel" spricht, meint man vor allem ost- und mitteldeutsche Bundesländer, in denen nicht nur immer mehr Jugendliche studieren, statt eine Ausbildung zu beginnen - sondern danach auch einfach gehen, ohne je zurückzukehren.

Dabei ist es nicht so, dass der Osten nichts zu bieten hätte: Mit seiner Ruhe und dünnen Besiedlung könnte er kaum familienfreundlicher sein. Das Problem ist meiner Meinung nach vielmehr, dass die Jugend mehr will als nur eine Familie. Also muss der Osten umdenken: Große Unternehmen statt Spielplätze, Busse statt Traktoren und Modernisierung statt stillgelegter Zugstrecken wegen fehlender Stellwerker.

Der Osten muss attraktiver werden - und mehr aus sich machen. Wenn man die Städte, ihre Kultur und Veranstaltungen nur auf die Mehrheit der Bevölkerung, die sich im Seniorenalter befindet, auslegt, sollte man sich nicht wundern, wieso das Alter der Bevölkerungsmehrheit nicht abnimmt. Wo die Jugend fehlt, muss man sie mit attraktiven Job- und Freizeitangeboten in die Region locken und sie politisch und kulturell einbinden, um sie dort zu halten. Denn auch das ist ein großes Manko des Ostens: Die Möglichkeiten jugendlicher Beteiligung und Mitbestimmung. Wer den Menschen, die er braucht, nicht zuhört bzw. sie gar nicht erst zu Wort kommen lässt, der muss sich nicht wundern, wenn sie ihm den Rücken zukehren.

Wir müssen "Osten" neu gestalten. Das Problem des Fachkräftemangels im Osten aufgrund von Abwanderung ist erst gelöst, wenn man von "Ost-" und "Westdeutschland" nur noch im geografischen Sinne spricht.

Es ist das Jahr 2030.
Wo stehen wir bei diesem Thema?

Der Osten muss sich bis dahin endlich lossagen von seinem ländlichen Klischee und eine Kopplung an den Westen erreichen, sonst können die folgenden Klassenstufen meiner Schule einer fehlenden Lehrkraft wegen nicht nur keinen Informatikunterricht mehr anwählen, sondern auch keinen Club mehr besuchen und in keine Bibliothek mehr gehen, da die Betreibenden in Rente gegangen sein werden - ebenso wie die meisten anderen Fachkräfte in der Region. Leerstand wird das vorherrschende Bild in den Städten sein und was einmal unbewohnt ist, wird es auch bleiben.

Das gelingt aber nicht einseitig: Die Politik muss 32 Jahre nach der Wende endlich reagieren und nachhaltige Maßnahmen gegen die Ungleichheit ergreifen, die den Osten abhängt, ausbremst und den Verdruss der Menschen in Form extremer Wahlergebnisse zeigt!

TEXT:
RONNY SCHLEGEL (17)
ist Abiturient in Thüringen, Chefredakteur der Schülerzeitung seines Gymnasiums und setzt sich in seiner Heimatstadt und darüber hinaus politisch aktiv für mehr Mitbestimmung und Toleranz ein, wobei ihm die Themen LGBTIQA+, Feminismus und Anti-Rassismus besonders am Herzen liegen. Er ist Schatzmeister des neu gegründeten JuLi-Kreisverbandes Nordthüringen.
Ihr erreicht ihn unter *schlegel.ronja2005@gmail.com*

Die Westflucht läuft auf einen neuen Höchststand zu.
Und während sich die Jugend dort konzentriert, "vergreist" der demografische Wandel den Osten

FÜR EIN EUROPA VON MORGEN

Svenja Hahn
Mitglied des Europäischen Parlaments

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sind schon heute Teil unseres Alltags. Ob beim Musik-Streaming oder in der Impfstoff-Entwicklung, KI ist überall dort, wo wir sind.
In der Digitalisierung steckt vor allem die Chance, die EU zu einem weltweiten Innovationsführer im Tech-Bereich zu machen. Dabei setze ich mich dafür ein, unsere Bürgerrechte auch in der digitalen Welt von übermorgen zu schützen.
Dafür habe ich mich im Sonderausschuss für Künstliche Intelligenz engagiert und jetzt in der Gesetzgebung zur KI-Verordnung.
Mein Ziel ist es, der digitalen Zukunft das Gesicht Europas und der Demokratie zu geben.

@svenja_ilona_hahn
/svenjahahnfdp
/svenja_hahn

Die Demografie-KRISE

Das aktuelle System in unserer deutschen Sozialversicherung ist nicht zukunftsfest. Immer mehr Beitragsbezieher stehen immer weniger Beitragszahlern gegenüber, gleichzeitig leben wir immer länger und die Medizin erlebt lebensrettende, aber auch kostspielige technische Innovationen.

Die Konsequenz aus all dem ist ein Sozialstaat, der über kurz oder lang entweder unter der Zahl der Leistungsbezieher zusammenbricht oder jegliche finanzielle Ressourcen für künftige Investitionsprojekte verschlingt.

Corona-Krise, Klima-Krise, Ukraine-Krise jetzt also auch noch eine Demografie-Krise? Ja! Denn die gesellschaftlichen Auswirkungen, die dieses Thema nach sich ziehen wird, stehen den vorangestellten Herausforderungen in nichts nach. Doch beginnen wir mit einer Bestandsaufnahme: Ursprünglich war unser Sozialstaat vom Generationenvertrag geprägt. Die eine Generation erwirtschaftet in den Rahmenbedingungen, die die Vorgängergeneration hinterlassen hat, deren Sozialleistungen. Von Generation zu Generation wird dieser Staffelstab weitergegeben, soweit so gut. Doch seit geraumer Zeit sind wir mit einer Geburtenrate von durchschnittlich 2,1 Kinder pro Frau eine schrumpfende Gesellschaft, was sich bereits heute in unseren sozialen Sicherungssystemen niederschlägt. Immer mehr Beitragsbezieher stehen immer weniger Beitragszahlern gegenüber, ein Trend, der sich in den kommenden Jahren dramatisch verschärfen wird, wenn wir nicht handeln.

Schon heute reichen die Beiträge, die durch das staatliche Umlagesystem generiert werden, nicht mehr aus, um die Sozialleistungen zu finanzieren. Aus diesem Grund werden zusätzliche Steuermittel in Form eines Bundeszuschusses in die Sozialversicherungen gespeist. Doch auch dieser Bundeszuschuss steigt von Jahr zu Jahr an. Betrug der Zuschuss 2018 noch 115 Milliarden Euro, waren es 2021 bereits 134 Milliarden Euro. Ein Anstieg von 16,5 % gegenüber 2018 oder in anderen Worten: Fast 25 % des gesamten Bundeshaushalts. Geld, dass für wichtige Investitionen für die Zukunft fehlt. Würde man die heutige Rechtslage einfach fortschreiben, werden wir uns 2060 in einer Situation wiederfinden, in der die Sozialversicherung 28,1 % unseres Bruttoinlandsprodukts beansprucht. Zum Vergleich: 2019 waren es 20,1 % des BIP.

DAS GKV-FINANZSTABILISIERUNGSGESETZ

Die jüngste Episode dieses Demografie-Dramas ist das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz, das im September 2022 das parlamentarische Verfahren durchlief. Es ist notwendig geworden, weil sich die gesetzliche Krankenversicherung aufgrund rückläufiger Einnahmen durch die Corona-Krise mit einer Finanzierungslücke von 17 Milliarden Euro konfrontiert sieht. Ohne das gesetzliche Eingreifen der Bundesregierung wären die Sozialversicherungsbeiträge bereits zum 01.01.2023 um weitere 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte angestiegen. Zur Abfederung dieses Anstiegs verteilt das GKVFinStG nun die finanzielle Belastung auf mehrere Maßnahmen. Die wesentlichen Maßnahmen sind dabei jedoch die Erhebung eines Zusatzbeitrags für die Beitragszahler, sowie die Zahlung eines zusätzlichen Bundeszuschusses in Höhe von 2 Milliarden Euro. Damit beweist das GKVFinStG erneut, dass das Umlagesystem nicht zukunftsfähig ist und das Finanzierungsproblem damit nur auf absehbare Zeit sowie zulasten des sowieso schon angespannten Bundeshaushalts gelöst wird. Denn klar ist, dass der Bundeshaushalt den stetig wachsenden Anteil der Bundeszuschüsse nicht dauerhaft gegenfinanzieren kann, ohne dabei seine eigene Tragfähigkeit in Gefahr zu bringen.

WIE LÖSEN WIR DIE MISERE?

Das Ziel der Finanzierung der Sozialversicherung muss es sein, Einnahmen und Ausgaben langfristig anzugleichen. Dabei darf die wirkungsvolle und leistungsgerechte finanzielle Absicherung der Lebensrisiken jedoch nicht entfallen und damit grundsätzliche Versprechen des Sozialstaats infrage stellen. Tatsache ist jedoch außerdem, dass die Umlagefinanzierung aufgrund steigender Ausgaben sowohl bei den Beiträgen als auch durch die kontinuierliche Erhöhung der zusätzlichen Steuermittel eine zukunftsfähige Finanzierung der Sozialversicherungssysteme nicht nachhaltig darstellen kann.

Als ersten Schritt sollten wir uns als Junge Liberale dafür einsetzen, die Sozialversicherungsbeiträge bei 40 % des Bruttolohns zu deckeln. Dadurch werden insbesondere Arbeitnehmer und Unternehmen entlastet, die sonst Jahr für Jahr mehr unter den Belastungen des demografischen Wandels leiden würden. Unternehmen und Arbeitnehmern würden bei weiter ansteigenden Beiträgen weitere Spielräume für andere Investitionen verlieren und polemisch gesagt: „Für Oma und Opa arbeiten und nicht für die eigene Zukunft“. Mit der Reduktion der Beitragserhöhungsinstrumente auf den Bundeszuschuss könnte man das Problem aufgrund der singulären Ursache auch klarer benennen und eine gesellschaftliche Debatte darüber anstoßen, welcher Anteil unseres jährlichen Bruttoinlandsprodukts in unsere Sozialsysteme fließen soll.

Jedoch muss auch gesagt werden, dass sich eine solche Mammutaufgabe nicht durch die Begrenzung der finanziellen Mittel lösen lässt. Wir brauchen darüber hinaus auch eine stärkere Auslastung des Erwerbspersonenpotenzials. In der Praxis sieht dies eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie ausländischen Fachkräften vor. Weiterhin müssen wir auch darüber sprechen, ob wir in Anbetracht der stetig wachsenden Lebenserwartung den Renteneintritt flexibilisieren. Entweder wir koppeln ihn an die allgemeine Lebenserwartung oder lassen die Menschen selbst entscheiden, mit welchem Alter und welchen entsprechenden staatlichen Bezügen sie in den Ruhestand gehen wollen. Ziel sollte dabei jedoch sein, die staatliche Leistungserbringung hinauszuzögern und damit insgesamt zu verkürzen, ohne dabei die unterschiedlichen Belastungen in den verschiedenen Berufsprofilen außer acht zu lassen.

Einen weiteren Beitrag kann der Ausbau kapitalgedeckter Versicherungen leisten. Durch den staatlichen Einstieg in die „Aktienrente“ oder die steuerliche Förderung privater Zusatzversicherungen. Das schließt auch eine Evaluierung und gegebenenfalls Anpassung der Riester-Rente und des Pflege-Bahr mit ein. In diesem Zusammenhang ist es auch denkbar, die ab 2023 verfügbare digitale Rentenübersicht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu nutzen und die dortigen Informationen auf den Lohnsteuerbescheinigungen der Erwerbstätigen zu integrieren. Zusammen mit der Erstellung eines Gesamtsozialversicherungsberichts als Grundlage für eine evidenzbasierte Diskussion könnten wir Transparenz und Klarheit für unsere eigene sowie die gesellschaftliche Situation in Bezug auf die Sozialversicherung gewinnen.

Abschließend bleibt nur zu sagen, dass all diese Maßnahmen sowie ihre teilweise unangenehmen Effekte begrenzt werden können, wenn wir gemeinsam als Volkswirtschaft mehr Wohlstand erwirtschaften. Denn mit einem stetigen Produktivitätswachstum haben wir mehr Geld zur Verfügung, dass wir in unsere Sozialsysteme stecken können, ohne dabei auf zukünftige Investitionen verzichten zu müssen.

Es ist das Jahr 2030.
Wo stehen wir bei diesem Thema?

Bei der Fortschreibung der derzeit geltenden Rechtslage befinden wir uns 2030 in einer finanziell verschärften Lage. 8 % der heute Erwerbstätigen („Die Babyboomer“) sind in Rente. Damit fehlen sie nicht nur auf der Einnahmenseite, sondern belasten auch zusätzlich die Ausgabenseite. Dadurch steigt der Gesamtsozialversicherungsbeitrag auf 45 % der beitragspflichtigen Einkommen. Zusätzlich würde der steuerlich finanzierte Bundeszuschuss knapp 30 % der Ausgaben des Bundes beanspruchen. Wir befinden uns in einer Haushaltslage, die nahezu keine Spielräume für politische Projekte oder Investitionen in die Zukunft ermöglicht.

TEXT:
LOUIS FUHRMANN (26)
arbeitet als wissenschaftlicher Referent in der FDP-Bundestagsfraktion. Zuvor studierte er Politikwissenschaft in seiner Heimat Bielefeld und in Münster. Ihr erreicht Ihn unter *louis.fuhrmann@fdpbt.de*

RECHTSRUCK IN EUROPA:

Demokratie auf dem Rückzug?

Die Ergebnisse der letzten Wahlen sind deutlich: Europa entwickelt sich nach rechts.

Exemplarisch dafür war eines der brisantesten Themen vor der Wahl in Schweden am 11.09.: die Bandenkriminalität. Angeheizt wurde dieses Thema durch die Versäumnisse vorhergegangener Regierungen und mangelhafter Integration. Aus den Wahlen gingen die rechtspopulistischen Schwedendemokraten (SD) als stärkste Partei hervor. Sie fordern die strengste Asylpolitik Europas und sind allgemein europaskeptisch. Einen direkten Austritt, ähnlich dem Brexit, fordern sie zwar nicht, der Einfluss der Europäischen Union auf Schweden soll aber erheblich reduziert werden.

Ferner wird vermutlich auch das Wahlergebnis Italiens vom 25.09. zu einer erschwerten Zusammenarbeit in Brüssel führen. Nach einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung verzeichnet die rechtspopulistische Partei "Fratelli d'Italia" einen klaren Sieg.

Während Bundeskanzler Scholz davon ausgeht, dass sich an der Europafreundlichkeit der Italiener nichts ändern wird, warnt Meloni, deren Partei ihre Wurzeln im Faschismus findet - "Der Spaß ist jetzt vorbei!".

Einer der Vorbilder Melonis ist Viktor Orban, der die Demokratie in Ungarn stückweise zu einer Autokratie abgebaut hat. Meloni will den Fokus auf Rom und Italien legen und damit weg von Brüssel und der Europäischen Union. Auch in Österreich sieht es nicht besser aus: das zweitstärkste Wahlergebnis der Bundespräsidentenwahlen am 09.10. konnte Walter Rosenkranz von der rechtspopulistischen FPÖ erzielen. Auch in Deutschland, wo die AfD nach den Wahlen in Niedersachen 4,7%-Punkte mehr Stimmen als zuvor bekommt, müssen wir uns fragen:

WIE SCHÜTZEN WIR UNSERE DEMOKRATIE?

Elementar ist hier, dass wir klar einsehen können, was unsere Regierung macht und sie gegebenenfalls auch kritisieren können, sei es durch Demonstrationen, Austausch innerhalb der Sozialen Medien oder durch Memes. Das alles sind grundlegende Bestandteile unserer Freiheit.

Eine weitere Säule dieser gelebten Kritikfähigkeit sind auch Oppositionen, welche, indem sie Kritik üben, ebenfalls für Veränderung sorgen können. Diese kann auch hässlich aussehen. Wenn sich die Wähler entscheiden, mithilfe der Opposition Kritik zu üben und diese dann auch wählen, kommen gegebenenfalls damit auch Menschen an die Macht, die sie unter anderen Umständen nicht verdient hätten. Regiert eine extremistische Partei, deren Fokus auf Ideologien und nicht auf dem Wohl des Landes beruht, stellt dies eine ernste Bedrohung unserer Demokratie dar.

Wenn sich verschiedenste Staaten in Europa für rechte Regierungen entscheiden, scheint es ein offensichtliches Problem zu geben. Die Wähler sind angesichts des aktuellen Weltgeschehens verunsichert. Inflation, Krieg, Lieferengpässe und zunehmende Kriminalität verzerren den Blick auf nationale und internationale Politik. Geht es den Menschen schlecht sind sie unzufrieden mit ihrer Regierung und wählen bei nächster Gelegenheit deren Gegensatz oder gehen erst gar nicht mehr wählen.

Der Rechtsruck innerhalb Europas bedeutet also nicht unbedingt einen Rechtsruck der Gesellschaft, sondern ist vielmehr ein Ausdruck des Unmuts gegenüber dem Krisenmanagement und daraus resultierende Politikverdrossenheit.

In einer Demokratie ist es manchmal schwierig, jede einzelne Facette zu verstehen und die Zusammenhänge zwischen politischen Entscheidungen nachzuvollziehen. Fühlen sich die Menschen nun auch noch bedroht, suchen sie in der Regierung nach Halt. Die Rechten schaffen es, dieses Bedürfnis erfolgreich anzusprechen. Momentan kann schnell der Eindruck entstehen als arbeite die Regierung nur für die anderen Staaten. Zu viele Gelder gehen an die EU, zu viel Hilfe wandert ins Ausland und dies, obwohl die Leute im Inland diese doch auch bräuchten. Genau dann werden Gruppierungen beliebt, die die Heimat an erste Stelle stellen: "America first" funktioniert so auch in allen anderen Staaten.

> Zum Job eines Politikers gehört nicht nur Entscheidungen zu treffen, **sondern diese auch zu begründen.**

Schafft es eine Regierung während einer solchen Entwicklung nicht, den Bürger an der Demokratie zu beteiligen, heizt dies die Polarisierung weiter an.

ABER WIE KÖNNEN WIR DIESE ENTWICKLUNG AUSBREMSEN?

Ein erster Schritt wäre Aufklärung. Zu wissen, wie Demokratie und die eigene Regierung funktionieren ist essenziell, um die beschriebenen Zusammenhänge zu verstehen. Diese Aufklärung muss in Schulen stattfinden, aber auch von der Regierung selbst angestrebt werden. Zum Job eines Politikers gehört nicht nur Entscheidungen zu treffen, sondern diese auch zu begründen.

Es ist wichtig dem Bürger zu signalisieren, dass seine Stimme gehört wird. In den letzten Jahren konnten wir in Deutschland verschiedenste Szenarien beobachten, in denen Demonstrationen schlichtweg ignoriert oder so lange schlecht geredet wurden bis der Rest der Bevölkerung das Interesse verlor. Das beste Beispiel hierfür ist Fridays for Future. Redet man Schülern immer wieder ein, dass ihr Engagement unangebracht, übertrieben und eine Ausrede zum Schulschwänzen ist, nimmt man ihnen damit gleichzeitig den Willen sich überhaupt zu äußern. Wenn in den Schulen vermittelt werden soll, dass die Schüler ihre Demokratie ausleben und sich für ihre Herzensthemen einsetzen sollen, sie in der Realität aber nur Steine in den Weg gelegt bekommen, resultiert daraus eine Politikverdrossenheit, die nur noch schwer abzubauen ist. In der Politik muss also mehr auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingegangen werden. Und der wichtigste Teil: Es muss dementsprechend gehandelt werden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die momentanen Entwicklungen besorgniserregend sind. Es kann nie ein gutes Zeichen sein, wenn extreme Parteien in Machtpositionen geraten. Allerdings müssen wir uns auch eingestehen, dass der gegenwärtige Rechtsruck nicht von irgendwo kommt. Wir brauchen eine dringende Veränderung im Verhältnis zwischen Regierung und Bürger und eine aktivere Zusammenarbeit zwischen ihnen. Unsere einzige Möglichkeit, die Rechten in Schach zu halten, sind Inhalte. Wenn wir diese überzeugend vermitteln, können wir die Bürger wieder von der Politik überzeugen.

Es ist das Jahr 2030.
Wo stehen wir bei diesem Thema?

Es ist das Jahr 2030, in den letzten Jahren wurden die Bürger mehr in die Politik miteinbezogen. Der Aufmarsch rechter Regierungen wurde so schnell beendet, wie er angefangen hat. Nun regieren Parteien der Mitte und arbeiten in Brüssel gemeinsam an einem besseren Europa.

TEXT:
INETT PEES (17) schließt im Februar 2023 ihr Abitur ab. Mitglied der Jungen Liberalen ist sie seit März dieses Jahres und seit August auch Vorsitzende des Kreisverbandes Neuwied.
Erreichen könnt Ihr sie unter: ***Inettpees@gmail.com.***

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in der Krise?

Staatsfunk, Systemmedien oder auch einfach abschätzig Lügenpresse: der öffentlich-rechtliche Rundfunk musste sich in den letzten Jahren wüsten Beschimpfung ausgesetzt sehen. Vor allem rechte Gruppen werfen ihm vor, dass der ÖRR ein vom Staat kontrolliertes Medium sei, welches nur Fake News verbreitet.

Das Vertrauen der Gesamtbevölkerung in die Glaubwürdigkeit des Öffentlich-Rechtlichen ist mit 68% der Befragten zwar ziemlich hoch, doch mit vergangenen Skandalen um die RBB-Intendantin Patricia Schlesinger ist man drauf und dran, dieses Vertrauen zu verspielen. Die Vorwürfe gegenüber der mittlerweile entlassenen Intendantin reichen von Unterschlagung, Veruntreuung bis hin zu Vetternwirtschaft. Dass das keine Einzelfälle sind, ist bereits seit längerer Zeit bekannt. Private Nutzung des Dienstwagens mit Massagesitzen beim Bayrischen Rundfunk oder entlohnte Schleichwerbung beim ZDF: All diese Vorfälle führen zu einem Vertrauensverlust. Die Skandale täuschen aber darüber hinweg, was wirklich wichtig ist: der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland hat noch ganz andere, weitaus größere Probleme.

Jeder Haushalt in Deutschland, unabhängig von der Anzahl der Mitbewohnenden, muss einen Rundfunkbeitrag bezahlen. Dieser liegt aktuell bei 18,36 im Monat, die finanzielle Jahresbelastung für Bürgerinnen und Bürger liegt bei 220,32 Euro. Hochgerechnet hat der ÖRR damit 8,4 Milliarden Euro von 45 Millionen Beitragszahlenden. Genutzt wird dieser von 19 verschiedenen Fernsehsendern, darunter die Regionalprogramme wie MDR oder WDR, aber eben auch die Spartensender wie ZDFNeo und die transnationalen Fernsehkanäle wie ARTE. Hinzu kommen noch 73 Radiosender, welche sich ebenfalls wieder in Gesamtdeutsche Programme (Deutschlandfunk) und regionale Radios (MDR Jump, Bayern 1 etc.) unterteilen. Insgesamt beschäftigt der öffentlich-rechtliche Rundfunk rund 43.000 Mitarbeitende in ganz Deutschland und in mehr als 30 Ländern weltweit als Korrespondentinnen und Korrespondenten. Allein die Abwicklung des Rundfunkbeitragseinzugs fordert die Beschäftigung von fast 1000 Mitarbeitenden.

Aus diesen Zahlen kann man entnehmen: der öffentliche Rundfunk ist in Deutschland massiv aufgebläht und verbraucht enorme finanzielle Mittel. Wenn die verpflichtende Finanzierung auf breite Akzeptanz stoßen würde, wäre das kein grundsätzliches Problem. Doch aus Umfragen kann man entnehmen, dass fast die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger freiwillig keinen Cent dafür hergeben würde. Die aufgeblähte Finanzierung ist deshalb das Hauptproblem des ÖRR, welches es dringend zu beheben gilt. Um die Akzeptanz zu steigern, muss man u.a. Kosten senken. Eine Maßnahme wäre, die Unterhaltungsendungen drastisch zu reduzieren. Im aktuellen Rundfunkstaatsvertrag bilden „Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung „den Auftrag von ARD und ZDF. Gerade die „Unterhaltung“ ist es aber, welche einen großen Teil der Kosten verschlingt.

Um eine Beispielrechnung aufzuzeigen: wenn man nur bei der ARD und nachgeordneten Dritten Programmen die Unterhaltungssendungen (ausgenommen Tatort, Polizeiruf 110 und Sportberichterstattung) streichen würde, hätte der Rundfunkbeitrag nur noch eine Höhe von 15,09 Euro im Monat. Eine Streichung des Zweiten Deutschen Fernsehens wäre dabei auch überlegenswert, zumal ARD und ZDF oft ähnliche bis annähernd gleiche Programme senden. Das würde die Kosten auf knapp 10,7 Euro pro Beitragszahlendem im Monat senken. Die weggefallene Unterhaltung in der ARD wird dann mit laufenden Sendungen aus dem gestrichenen ZDF ergänzt. Als man 1991 „Unterhaltung“ als Auftrag im Rundfunkstaatsvertrag (Vertrag zwischen den Ländern und dem Bund über öffentlichen und privaten Rundfunk in Deutschland) festhielt, gab es völlig andere Voraussetzungen. Das Internet steckte damals noch lange in Kinderschuhen, das „World Wide Web“ ging im selben Jahr erst an den Start. Doch heute sieht das völlig anders aus: jede Bürgerin und jeder Bürger hat in Deutschland Zugang zum Internet und kann Millionen von Unterhaltungsinhalten nutzen. Und das Internet ist öffentlich-rechtlicher Unterhaltung einen Meilenstein voraus: jeder kann für sich auswählen, welche Art von Entertainment er in dem Moment nutzt. All das sind Entwicklungen, die es 1991 in der Form nicht gegeben hat. Vielleicht müssen sich ARD und ZDF im 21. Jahrhundert eingestehen, dass man mit großflächiger Unterhaltung nicht mit privatwirtschaftlichen Konkurrenten mithalten kann. Zukünftig sollte man unterhaltende Sendungen dem freien Markt überlassen werden. Netflix und Disney+, genauso wie RTL und ProSieben bieten eine weitaus größere Vielfalt an Unterhaltung. Inhalte wie „Tatort“ oder „Polizeiruf 110“ sollen weiterhin Bestandteil des Programms des ÖRR sein, da sie viele Zuschauende unterhalten und zur Kultur unserer Fernsehlandschaft gehören.

Doch nicht nur von Unterhaltung sollten sich ARD und ZDF verabschieden. Gerade bei den großen Nachrichtensendungen ist es üblich, dass es Kommentare zu den vorgestellten Themen gibt. Doch weil der Rundfunkbeitrag von allen gezahlt werden muss, ist es fast anmaßend, dass jemand nach der Tagesschau seine persönliche Meinung den Zuschauenden aufdrückt. Man könnte beispielsweise in Zukunft immer zwei unterschiedliche Meinungen zu Wort kommen lassen, um einseitige Darstellung zu verhindern. Doch oft gibt es nicht nur Schwarz- und Weiß, sondern auch Sichtweisen dazwischen. Aus diesem Grund könnte man in allen Nachrichtensendungen Abstand von Kommentaren nehmen. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unabhängige Berichterstattung, die eben aktuell Vielen nicht neutral erscheint, braucht es in diesen Zeiten mehr denn je. Putins Russland versucht mit Propaganda, auch in Deutschland Menschen zu beeinflussen. Tagtäglich wird das Internet von diversesten Seiten mit Fake News geflutet. Deswegen braucht es ein noch höheres Vertrauen in die Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Die Meinungsbildung von Bürgerinnen und Bürgern kann man durch andere Formate als Kommentare anregen: in Talkshows wie "Markus Lanz“ oder „Maischberger“. Es braucht hier aber mehr Bürgerbeteiligung. Es erscheint in diesen Zeiten vielen Beitragszahlenden absurd, wenn finanziell privilegierte Politikerinnen und Politiker über Einsparungen beim Duschen, Kochen oder Heizen diskutieren, um Geld zu sparen. Bei solchen Diskussionen müssen auch Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden, denn Betroffene können weitaus besser Probleme und Sorgen schildern als Politikerinnen und Politiker, die kaum Auswirkungen der steigenden Preise spüren.

> Vielleicht müssen sich ARD und ZDF im 21. Jahrhundert eingestehen, **dass man mit großflächiger Unterhaltung nicht mit privatwirtschaftlichen Konkurrenten mithalten kann**

Es ist das Jahr 2030. Wo stehen wir bei diesem Thema?

Der deutlich verringerte Rundfunkbeitrag könnte durch Zusammenlegung von ARD und ZDF, durch das Streichen von klassischen Unterhaltungssendungen in ARD und ZDF und neutrale Berichterstattung eine deutlich höhere Zustimmung in der deutschen Bevölkerung erwirken. Das Vertrauen in den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk wird langfristig gestärkt, und es gibt weitaus mehr Menschen, die den ÖRR als zentrale Nachrichteninformationsquelle ansehen. Dadurch stärken wir gleichzeitig die Debattenkultur in Deutschland, denn wenn Bürgerinnen und Bürger mehr mit gut recherchierten, wahren Informationen argumentieren, gibt es einen qualitätsvollen Austausch untereinander. Der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk wird nicht mehr als „Staatsfunk“ oder „Lügenpresse“ beschimpft, sondern als essenziell für die Information angesehen und bildet die Basis für Diskussionen.

TEXT: LAURENZ FRENZEL (17)
geht in Sachsen zur Schule und ist seit einem Dreivierteljahr Mitglied bei den Jungen Liberalen. Er interessiert sich sehr für Bildungspolitik und Projekte zur Demokratiestärkung. Ihr erreicht ihn unter: *frenzellaurenz@icloud.com*

Geht es zurück in die 70er?

Gefahr der Stagflation

Die 1970er Jahre sind für die meisten jungen Menschen ganz weit weg. Die meisten assoziieren mit den Siebzigern vielleicht noch die Disco und Funk Musik von Bands wie ABBA oder Boney M. Doch gerade in der jetzigen geopolitischen und wirtschaftlichen Situation ergibt es Sinn nochmal in diese Zeit zu schauen.

Denn die 1970er Jahre waren, wie es der Historiker Ian Kershaw in seinem Werk „Achterbahn“ so treffend beschreibt, vor allem ein Jahrzehnt von Umbrüchen und Krisen. Wirtschaftlich zeichnete sich diese Zeit vor allem durch hohe, anhaltende Arbeitslosigkeit und eine hohe Inflation bei niedrigem Wirtschaftswachstum – auch genannt Stagflation – aus. Steht uns dieses Szenario wieder bevor und wie gehen wir damit um?

Das Krisenjahrzehnt der 1970er Jahre

Die Siebziger Jahre gelten nicht nur wegen der unsicheren Wirtschaftslage als Krisenjahrzehnt, sondern auch wegen zahlreicher innen- und außenpolitischer Krisen in vielen wichtigen Staaten der Welt. In diese Zeit fallen der Vietnamkrieg, zwei Ölkrisen, die Watergate Affäre, der Terror der RAF in Deutschland, die islamische Revolution im Iran, der Nordirland-Konflikt in Großbritannien usw. Dahinter drohte die ständig präsente Gefahr eines Atomkrieges, dem man im Zuge der Kuba-Krise der 1960er noch so knapp entgangen war.

Es war auch das Jahrzehnt in dem der Aufschwung der Nachkriegsjahrzehnte endgültig zu Ende war. Jahrelang hatten viele westliche Staaten sich durch den Fallout der keynesianischen Wirtschaftspolitik in die Illusion manövriert, man könne die Wirtschaft einfach durch den Staat lenken. Dies stellte sich alsbald als ein Mythos heraus, nachdem vor allem Staaten wie die USA, Großbritannien und auch Deutschland das Phänomen der Stagflation durchlebten. Der Gipfel war der sog. „Winter of Discontent“ in Großbritannien 1978/79, an dem sich die Inflationsproblematik so zuspitze, dass die daraus resultierenden Streiks dazu führte, dass der Abfall wochenlang nicht abgeholt wurde, Krankenhäuser nicht mehr arbeiten und Verstorbene nicht bestattet werden konnten.

Die Geschichte wiederholt sich?

Geschichte wiederholt sich bekanntlich nicht, wenngleich man viel aus ihr lernen kann. Immerhin lassen sich bestimmte wiederkehrende Muster in großen Metakonflikten zwischen Individualismus und Kollektivismus durchaus erkennen. So leben wir eigentlich schon seit der Weltfinanzkrise von 2008 in einem ständigen Krisenmodus von Eurokrise, Flüchtlingskrise, Klimakrise, Corona-Krise, Ukraine-Krise, Energiekrise usw. Doch erst mit der Corona-Pandemie haben wir die Auswirkungen der Krisenbewältigung auch ernsthaft wirtschaftlich zu spüren bekommen. Schonwieder predigten Ökonomen und Publizisten, dass sich unendlich billiges Geld drucken ließe um die Wirtschaft letztlich doch zu lenken. Seit dem letzten Jahr wurden wir erneut eines Besseren belehrt.

Die Inflationsrate in Deutschland ist so hoch wie seit Ende des zweiten Weltkrieges nicht mehr und die Menschen spüren es tagtäglich im Supermarkt und auf den Sparbüchern, von den Perspektiven für den kommenden Winter ganz zu schweigen. Gerade vor dem Hintergrund, dass neben einer möglichen nuklearen Eskalation des russischen Angriffskrieges uns perspektivisch auch eine Invasion der Volksrepublik China in Taiwan bevorsteht, wäre es nicht zu weit hergeholt von einem Krisenjahrzehnt zu sprechen.

Vom Krisenjahrzehnt in die goldenen Zwanziger

Nun hoffe ich, dass niemand beim Lesen des Artikels bis hierhin depressiv geworden ist. Denn so ehrlich muss man sein, die Lage ist ziemlich ernst und es ist nicht sicher, dass wir die Talsohle nicht noch vor uns haben. Aber die Siebziger waren auch irgendwann mal vorbei. Und es waren vor allem Liberale, die die kommenden Jahrzehnte politisch prägen sollten. Gerade die Wirtschaftsnobelpreisträger wie Friedrich August von Hayek und Milton Friedman, setzten sich gegen alle Widerstände für offene Gesellschaften und freie Marktwirtschaft ein. Ihre makroökonomischen Ansätze, die für eine stabile Geldpolitik und restriktivere Ausgabenpolitik des Staates einstanden, legten die Grundlage für das immense Wirtschaftswachstum der 1980er Jahre.

Nachdem Margaret Thatcher mit der monetaristischen Kur der britischen Wirtschaft begann und einen konsequent marktwirtschaftlichen Kurswechsel einschlug, besserte sich die Lage nach 18 Monaten der harten Entbehrung. In den USA wurde die desolate wirtschaftliche Lage der Carter-Administration überwunden, nachdem Ronald Reagan eine umfassende Steuerreform durchsetze. Diese historischen Beispiele zeigen, es lohnt sich für liberale Werte einzustehen, auch wenn sie in manchen Zeiten nicht sonderlich populär wirken.

Wir haben wahrscheinlich eine Rezession, einen harten Winter und noch einige Zeit an Inflation vor der Brust. Aber wir Liberale haben die Aufgabe, gerade in diesen Zeiten den Bürger ehrlich zu vermitteln, dass der Staat nicht alles auffangen oder machen kann. Im Gegenteil, der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, sondern in den meisten Dingen ziemlich ineffizient. Es geht darum, dass wir den Menschen Mut machen sich eigenverantwortlich um sich selbst und ihre Mitmenschen zu kümmern. Es geht darum, dass wir uns für eine Marktwirtschaft einsetzen, in der Individuen frei miteinander interagieren können. Wenn die Rezession überstanden ist, dann können und werden wir auch gestärkt daraus hervorgehen und das Krisenjahrzehnt zu den goldenen Zwanzigern machen. Ronald Reagan betitelte einen berühmten Werbespot seiner Präsidentschaftskampagne im Jahre 1984 mit dem Slogan: „It´s morning again in America.“ In diesem Geiste müssen wir nicht nur unsere Ideen für wirtschaftliche Freiheit umsetzen, sondern sie auch optimistisch und ermutigend an die Menschen kommunizieren.

"Wir Liberale haben die Aufgabe, gerade in diesen Zeiten den Bürger ehrlich zu vermitteln, dass der Staat nicht alles auffangen oder machen kann"

Es ist das Jahr 2030.
Wo stehen wir bei diesem Thema?

Ich denke im Jahr 2030 wissen wir, dass es zunächst schlechter werden musste, bevor es besser werden konnte. Doch wir blicken in diesem Jahr dann hoffentlich auf insgesamt goldene Zwanziger zurück und haben den Wert von Marktwirtschaft für uns so wiederentdeckt, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland wieder international wettbewerbsfähig ist.

TEXT:
ALEXANDER KOBUSS (24) hat Geschichte und Sozialwissenschaften im Master of Education studiert. Er arbeitet als parlamentarischer Referent im deutschen Bundestag. Darüber hinaus promoviert er zur Geschichte der sozialen Marktwirtschaft und leitet den Bundesarbeitskreis Wirtschaft/Finanzen der Julis. Ihr erreicht ihn unter ***kobuss@julis.de***

Von Rathenau lernen

Verständigungs- und Wirtschaftspolitik als Grundpfeiler **einer liberalen Außenpolitik**

Im Juni 2022 jährte sich der **GEWALTSAME TOD** des früheren deutschen Außenministers Walther Rathenau zum 100. Mal. Ein Blick auf sein politisches Verständnis zeigt: **WIR KÖNNEN HEUTE NOCH VON IHM LERNEN.**

Walther Rathenau, geboren 1867 in Berlin, zählte zu den herausragenden Politikern in der Anfangszeit der Weimarer Republik (1919-1922). Bereits vor Amtsantritt beruhte sein politisches Verständnis darauf, die nationalen Staaten Europas als unvermeidlich zusammenhängende Einheit zu erkennen, die nur in friedlicher Koexistenz ihr volles Potential ausschöpfen können. Gleichzeitig befanden sich bei ihm die wirtschaftlichen Sachverhalte im Zentrum jeglichen politischen Handelns, die stets Vorrang gegenüber politisch-ideologischen Standpunkten genossen. So gelang es dem Sohn des jüdischen Groß-Industriellen und AEG-Gründers Emil Rathenau, obwohl nur wenige Monate im Amt des Außenministers, bedeutende Akzente deutscher Außenpolitik im Hintergrund des Versailler Vertrages zu setzen. Tatsächlich gibt es nicht wenige, die in der Haltung Rathenaus Merkmale sehen, die ihn als Vorläufer des späteren Außenministers und Friedensnobelpreisträgers Gustav Stresemann charakterisieren.

Bereits im Vorfeld des ersten Weltkriegs demonstrierte Rathenau seine politische Weitsicht und warnte vor den Folgen eines kriegerischen Konfliktes, der sich aufgrund der Bündnissituation und der geographischen Lage maximal ungünstig auf das Deutsche Reich auswirken würde. Er erkannte, dass auch ohne einen Krieg in Zukunft die USA eine globale Führungsposition in ökonomischen Fragen spielen würden. Deshalb trat er für eine europäische Wirtschaftsunion unter deutscher Hegemonialstellung ein, die in Zollunion mit seinen Nachbarländern der amerikanischen Wirtschaft mindestens ebenbürtig wäre. In seiner Schrift „Deutsche Gefahren und neue Ziele" von 1913 fügt er hinzu: „Gleichzeitig aber wäre dem nationalistischen Hass der Nationen der schärfste Stachel genommen. […] Verschmilzt die Wirtschaft Europas zur Gemeinschaft und das wird früher geschehen als wir denken, so verschmilzt auch die Politik". Diese Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes mutet schon wie ein Vorläufer der europäischen Staatengemeinschaft von heute an.

Wie uns die Geschichte gezeigt hat, sollte es anders kommen. 1914 bricht der erste Weltkrieg aus und Massen an jungen Männern rennen jubelnd durch die Straßen – Hurra es ist Krieg! Rathenau war keiner von ihnen. Er gehörte auch nicht zu denjenigen, die mit einem schnellen Ende des Krieges rechneten. Seine ökonomische Expertise brachte ihm die Weitsicht, dass Kriege einer Volkswirtschaft schaden, statt wie nicht wenige Zeitgenossen glaubten, zu nutzen.

Das Kriegsende 1918 nahm er, ebenso wie seine Zeitgenossen, mit großem Entsetzen war. Er erkannte auch, dass sich die Nation vor großen politischen Umwälzungen befand. Deutschlands Monarchie war zu Ende, „das Alte und Morsche zusammengebrochen", wie Scheidemann proklamierte und Deutschland ab 1919 nun erstmalig eine Republik. Gleichzeitig schloss sich Rathenau der republikfreundlichen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) an, die als ein Vorläufer der heutigen FDP bezeichnet werden kann. Seinen tatsächlichen politischen Aufstieg sollte Rathenau erst im Feld der internationalen Politik erleben. 1921 wurde er Wiederaufbauminister, in welcher Funktion er unter anderem die Ausführungen der Reparationsleistungen verhandelte und 1922 Außenminister, als der er den berühmten Vertrag von Rapallo mit Sowjetrussland unterzeichnete.

Mit der Unterschrift des Versailler Vertrages im Juni 1919 hatte Deutschland zwar eine komplette militärische Besetzung seines Staatsgebietes verhindern können, doch blieben wichtige Fragen bezüglich der von Deutschland an die Siegermächte zu entrichtenden Entschädigungen ungeklärt. Die Reparationsfrage war damit zum bestimmenden Thema der Weimarer Außenpolitik geworden. Die Handlungsmöglichkeiten für die Reichsregierung waren in der Anfangszeit nach Versailles aufgrund außenpolitischer Isolation und innenpolitischer Instabilität äußerst begrenzt. Diese Spielräume hingen somit politisch wie wirtschaftlich vor allem von der Entwicklung der Beziehungen mit den westlichen Siegermächten Frankreich und England ab.

Rathenau bewies in dieser angespannten Position des Landes, eingeschränkt durch den Druck der Westalliierten bzgl. der Reparationsfrage und systemfeindlichen Bewegungen im Inneren, erneut politische Weitsicht. Er erkannte, dass der Versailler Vertrag zwar durchaus äußerst harte Bedingungen und Forderungen an Deutschland stellte, jedoch mit kluger politischer Diplomatie und Entscheidungsfindung zukünftig die Großmachtstellung wieder zu erreichen möglich war. Mithilfe der sogenannten „Erfüllungspolitik" sollte die Bereitschaft des außenpolitisch isolierten Deutschlands zur Einhaltung des Versailler Vertrages demonstriert werden, der als schmerzhafter Schlag die Deutschen aus ihrem nationalistischen Traum eines Siegfriedens geweckt hatte und nun wie ein unerschütterliches politisches Korsett der Schmach wahrgenommen wurde. Gleichzeitig sollten auch die Grenzen der Reparationsforderungen, ja letztlich ihre Unmöglichkeit, zur Schau gestellt werden, um auf einem Weg der Verständigung Versailles zu überwinden und Deutschland zurück auf die große Weltbühne zu führen. Auf einem ähnlichen Pfad konnte auch später Gustav Stresemann den außenpolitischen Durchbruch aufweisen – allerdings bei deutlich günstigerer außenpolitischer Konstellation. Diesem realpolitischen Ansatz gegenüber standen Anfeindungen von Rechtsnationalisten und völkischen Bewegungen, die später auch Rathenaus Mord verantworteten und in ihrer nationalistischen Engstirnigkeit die gegebenen politischen Verhältnisse nicht anerkannten. Einseitig wie stur pochten sie auf eine direkte Revision des Vertrages, ohne diplomatisches Entgegenkommen, zur Not auch mit Gewalt. Fest steht, die Einheit der Nation wäre mit einer solchen Außenpolitik zu Grunde gegangen, denn militärisch war die geschwächte Republik nicht in der Lage einen größeren Militärkonflikt zu gewinnen.

Deutschland erreichte dank Rathenaus Wirken Aufschübe im Zahlungsplan und eine Reduzierung der Kohlelieferungen. Die Reparationen konnten mit Sachlieferungen verknüpft werden, um die marode deutsche Wirtschaft anzukurbeln. Kein Vorgehen wie dieses trug besser Rathenaus Handschrift eines wirtschaftsorientierten Politikers, der als Sachverständiger auftreten und unbeeinflusst von innenpolitischen Stimmungen zum Wohle seiner Nation verhandeln sollte. Eine fehlende einheitliche gesamtdeutsche Außenpolitik bis 1923 und die Unnachgiebigkeit der Westalliierten ließ die Erfüllungspolitik jedoch an ihre Grenzen stoßen, wodurch keine erhoffte Lösung der Reparationsproblematik zu Lebzeiten Rathenaus herbeigeführt werden konnte. Gleichwohl sollte sein Verständnis einer liberalen Außenpolitik, die das Ökonomische über das Politische stellte und auf friedliche Koexistenz im multipolaren Staatensystem setzte, dabei keinesfalls auf Machtbildung verzichtend, seinen Teil zu den Grundzügen der zukünftigen deutschen Außenpolitik leisten.

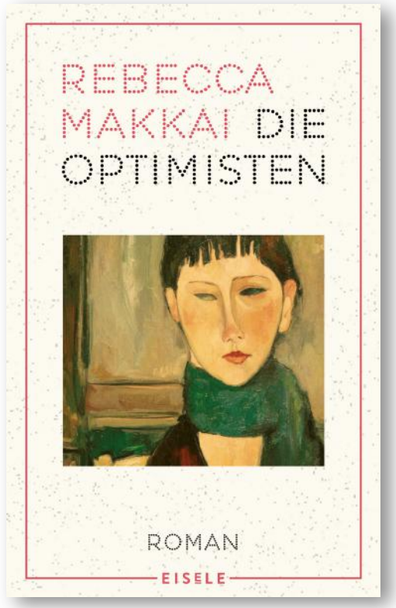
Ein Blick auf Rathenaus Verständnis lohnt sich, denn noch heute können wir viel davon lernen – von dessen Nutzen und Grenzen. Eine Außenpolitik, die auf Selbstbestimmung, friedliche Koexistenz und Vernunftlösungen setzt; und realpolitische Verhältnisse akzeptiert. Gerade heutzutage in unserer globalisierten Welt ist dieser Ansatz aktueller denn je. Insbesondere im Hinblick auf Russland und China sollte der Konzeption von Wirtschaft über Politik allerdings Grenzen gesetzt werden. Was Deutschland und zugleich Europa braucht, ist eine optimale Mischung innerhalb seiner Außenpolitik aus werteorientiertem Idealismus und wirtschaftsbasiertem Realismus.

Dieser Artikel erschien zuerst in ungekürzter Form im Online-Magazin „Freisamkeit" der Liberalen Hochschulgruppen.

TEXT:
LEONARD BOCK (24) studiert Geschichte und Politik an der Universität Konstanz am schönen Bodensee und ist Gründungsmitglied der dortigen Liberalen Hochschulgruppe. Ihr erreicht ihn unter: ***leonard_bock@web.de***

Wie Freundschaft durch Krisenzeiten trägt

Rebecca Makkai – Die Optimisten



REBECCA MAKKAI – DIE OPTIMISTEN
Eisele Verlag, 30.03.2020
Originaltitel: The Great Believers
ISBN: 978-3-96161-077-8
Gebundene Ausgabe, 624 Seiten, 24,00 EUR

REBECCA MAKKAI
ist 1978 geboren und wuchs im US-amerikanischen Lake Bluff in Illinois auf. Die Mutter von zwei Töchtern war bis zur Veröffentlichung ihres ersten Buchs als Lehrerin tätig. Ihr Werk wurde in über 20 Sprachen übersetzt. Makkai lebt in Chicago.

Das Lesezeichen
Jede Ausgabe eine neue Buchrezension

Krisenzeiten lassen Menschen zusammenhalten. Gelebte Solidarität haben wir in jüngerer Vergangenheit oft erleben können. Die Corona-Pandemie hat direkten Kontakt zwar oft nicht erlaubt. Aber wir haben andere Wege gefunden, uns gegenseitig zu stützen. Die Aufnahme von Geflüchteten, aktuell insbesondere aus der Ukraine, hat eine enorme Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung ausgelöst. Wir sehen: Auch in Krisenzeiten liegen positive Botschaften, die Anlass zu Optimismus geben.

In „Die Optimisten" von Rebecca Makkai brauchen Leserinnen und Leser viel Geduld bis sie einen Hoffnungsschimmer entdecken können. Das 2020 im Eisele-Verlag erschienene und von Bettina Abarbanell aus dem Englischen übersetzte Werk mit 624 (!) Seiten macht es uns nicht leicht. Wer es liest, fühlt mit. Ein optimistischer Blick auf den Fortgang der Handlung fällt lange schwer. Sie spielt auf zwei Zeitebenen.

Yale Tishman, ein schwuler Kunstexperte aus Chicago, ist 1985 gerade im Begriff einen Deal zu einer Gemäldesammlung abzuschließen, der ihn auf der Karriereleiter nach oben tragen könnte. Währenddessen schlägt die AIDS-Krise in seinem nahen Umfeld zu. Fiona, eine gute Freundin Yales, begleitet die gesellschaftlich und politisch geächteten Betroffenen aufopferungsvoll bis zum letzten Atemzug. Sie ist es auch, die 30 Jahre später – die zweite der beiden Zeitebenen – im von Anschlägen erschütterten Paris ihre Tochter sucht, zu der jeglicher Kontakt abgebrochen ist. Fiona kommt bei Richard unter, der von der grassierenden Krankheit verschont geblieben war.

In Paris lebt bei Begegnungen mit alten Freunden die Erinnerung an die Ereignisse der Achtzigerjahre wieder auf. Und sie macht nicht nur für Fiona das Gefühlschaos aus der Vergangenheit in der Gegenwart greifbar. Angst und Erleichterung, Liebe und Tod, Freundschaft und Trennung mischen sich in Windeseile ab. Für die Leserinnen und Leser sind die immer neuen Schicksalsschläge niederschmetternd. Und doch lohnt es sich, den herausfordernden Weg mit den Protagonistinnen und Protagonisten literarisch mitzugehen.

Ohne zu viel verraten zu wollen: Die Pointe, die sich nach und nach herauskristallisiert, ist eine ganz wunderbare. Der Roman ist ein Plädoyer für Freundschaft. Sie trägt vom Schicksal getroffene Menschen durch Krisenzeiten. Und sie hilft, über Traumatisches hinwegzukommen. Sie ist sogar in der Lage heilen zu können.

„Die Optimisten" hat in der Fachwelt hohe Anerkennung erfahren. Der Titel war auf der Shortlist des National Book Award und des Pulitzer Prize, den zwei renommiertesten US-amerikanischen Literaturauszeichnungen, zu finden. Das liegt nicht allein am packenden Inhalt, sondern auch daran, wie handwerklich geschickt Rebecca Makkai die beiden Zeitebenen miteinander zu verbinden weiß. Und: Es ist förmlich zu greifen, mit welcher Sensibilität die darin lebenden Figuren von ihr entwickelt wurden. Sie alle rufen uns entgegen: Steht zueinander und bleibt optimistisch!

TEXT:
MATTHIAS KEIDEL (29)
hat vor 14 Jahren nicht nur den Weg zu den Jungen Liberalen, sondern auch seine Leidenschaft für Literatur gefunden.
Du erreichst ihn unter keidel.fdp@gmail.com.

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:
Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julis.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P):
Leonard Kern-Wagner (kern-wagner@julis.de)

AutorInnen: Jonas Bayer, Leonard Bock, Nico Fenske, Jana Festag, Laurenz Frenzel, Louis Fuhrmann, Alex Henkel, Matthias Keidel, Alexander Kobuss, Paul Lanwer, Inett Pees, Laurent Putzier, Ronja Schlegel, Johann Sehmsdorf, Stefanie Unbehauen,

Auflage: 12.500 Exemplare
Gestaltung: Sebastian Ritschel

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung.
Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet.
Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an kern-wagner@julis.de schicken.

Bildnachweise
© JuLis/privat, Berlin
Titelfoto: unsplash.com
Illustrationen und Fotos: unsplash.com: S. 4, S. 10, S. 22; Adobe Stock: S. 3, S. 4 (3), S. 12, S. 16, S.17, S. 24, S. 26 (2), S. 28, S.30, S.34, S.35; Wikipedia: S. 32

Dieses Magazin wird gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

PKV
Verband der Privaten Krankenversicherung

Endlich: die Jugend-bewegung für jedes Alter.

Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.
Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und den Jüngeren die Spielräume für private Vorsorge schaffen.

www.pkv.de/generationenvertrag